Peter Brückner

Die Mescalero-Affäre

Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur

DM 5,–

Internationalismus

© Internationalismus Buchladen und Verlagsgesellschaft mbH.
Königsworther Straße 19, 3000 Hannover 1

Umschlagfoto mit freundlicher Genehmigung des Autors
C. P. Holzigel

Druck: Offizin GmbH, Stiftstraße 11, 3000 Hannover 1

Vertrieb: Prolit Buchvertrieb, Postfach 29 69, 6300 Gießen

Redaktionsschluß 30. 8. 1977

Peter Brückner

Die Mescalero-Affäre

Ein
Lehrstück
für
Aufklärung
und
politische
Kultur

Biblio
-thek
Bruhn

Inhalt:

	Es ist an der Zeit, innere Monologe zu veröffentlichen	7
I.	Die Ereignisse: Aber was ist ein Ereignis?	9
II.	Um der Machtfrage willen (o Gott)! Analyse des Artikels „Buback – ein Nachruf“	23
	So wurden die Leser in der ersten Maiwoche informiert	40
	Urteil des Jugendschöffengerichts Düsseldorf	44
III.	Wie entsteht ein böses Objekt?	47
	Eine Stimme der Vernunft	51
	Briefwechsel C. Offe – P. Glotz	52
	Anmerkungen zum Brief des Senators an C. Offe	57
IV.	Distanzieren Sie sich oder gehen Sie! (Schlagzeile in: DIE WELT vom 9. Juli 1977)	61
	Warum habe ich mich entschlossen, „Buback – ein Nachruf“ mit herauszugeben?	62
	Moralische und politische Isolierung: noch einmal P. Glotz	70
V.	Aktive Aufklärung in Niedersachsen	71
	Anmerkungen	77

Es ist an der Zeit, innere Monologe zu veröffentlichen

Es ist an der Zeit, innere Monologe zu veröffentlichen. Was habe ich empfunden, als ich die Nachricht vom Attentat auf Generalbundesanwalt Buback und seine Begleiter vernahm?

Meine inneren Wahrnehmungen bei der Nachricht vom gewaltsamen Tod sind, nach den Erfahrungen des 2. Weltkrieges und der vielen Jahrzehnte danach, schon Erinnerungen an innere Wahrnehmung: daß da ein Leben ausgelöscht wird, eine Geschichte abreißt, daß inmitten der unermeßlichen Gleichgültigkeit der Naturgeschichte und des Universums "allein das Bewußtsein eine Stätte bilden (kann), bei der erduldetes Unrecht aufgehoben ist, die einzige Instanz, die sich nie zufrieden gibt" (M. Horkheimer). Solche Erinnerungen werden nie "kalt", das läßt immer trauern.

Diese Trauer aber ist unversöhnlich. Sie veranlaßt zu Fragen. Jeder gewaltsam zugefügte und erlittene Tod hat seine Ursachen und Bedingungen, das führt weit; weiter als die unmittelbare Betroffenheit reicht. Und doch, wenn der Tod der große Gleichmacher ist, die Trauer macht die Toten nicht gleich. Von der schon so oft gestellten, daher immer gegenwärtigen, wenn auch spontan natürlich nicht artikulierten Ursachenfrage geht eine deutliche, auch erkältende, Rückwirkung aus. Über verschiedener Menschen Tod wird von Verschiedenen verschieden getrauert. Wo es sich um einen von "oben" handelt, einen Funktionsträger der Gewalt, da bleibt zwar Bestürzung über den gewaltsamen Tod. Aber die Trauer mischt sich mit Indifferenz und verwandelt sich in eine spezifische Sorge, die vom Toten wegführt.

Was wird eigentlich aus dem Mörder? Was war aus ihm geworden, ehe er ein Mörder wurde, und warum? Fragen, die man sich nur mit Entsetzen stellen kann. Junge Leute, vor sich viele Jahre oder Jahrzehnte des Ausgeschlossen- oder Eingeschlossenseins: in einer abstrakten Welt,in einer Welt, die als ein einziges Gefängnis erscheint, bis dann das Gefängnis für sie zur einzigen Welt wird - auch das ist ein Grund zu trauern. Danach kommen Wut und Angst. Ich fürchte, daß sich in europäischen Ländern argentinische Zustände entwickeln, Zustände mit bewaffneter Gewalt von "links" wie - vor allem - von "rechts", Zustände, die mit einem repressiven Staat auf lange Zeit hinaus koexistieren können. Ich weiß, daß einzelne Genossen den "Weg in den Untergrund" nahmen,

um der blockierten Geschichte auf die Sprünge zu helfen. Dort angekommen, werden sie selbst zum Teil der Blockade.

Und Zorn wie auch Angst ergreifen den, der parteilich bleiben wird, der den Schuldanteil des Staates und der Gesellschaft bewußt hält. Die Trauer bezieht vom Zorn ihre Festigkeit, sie bleibt. Sie füllt sich mit Gedanken, sie wird ganz in Gedanken und Handlungsimpulse aufgelöst, sie wird "politisch". Und bringt mich, uns, nie auf die Seite der Repräsentanten der Gewalt.

Für die Ohren der Denunzianten: ehrendes Angedenken, Staatsbegräbnis (o Gott!) und de mortuis nihil nisi bene - das sind Techniken der Verdrängung. Erfunden, und von der Macht ausgenützt, damit die Toten keine Stimme mehr haben; ein Teil der gesellschaftlichen Vorrichtungen, mit denen verhindert werden soll, daß der Tod, gerade der gewaltsame, eine Nötigung ausspricht, den Zustand einer Gesellschaft zu bedenken und sogar zu verurteilen, der einen solchen Tod hervorgebracht hat.

Die Ereignisse:

Aber was ist ein Ereignis?

Die Göttinger Nachrichten (gn), Zeitung des AStA der Universität, veröffentlichten in ihrer Ausgabe vom 25. April 1977 einen Beitrag "Buback - ein Nachruf" (S. 10-12). Der anonyme Autor, der sich nach einem Apachenstamm in Neu-Mexiko "Mescalero" nannte, um sich damit als Stadt-Indianer auszuweisen, konnte zwar ein Gefühl klammheimlicher Freude über den Tod des Generalbundesanwalts nicht verhehlen, kam aber in der Reflexion seiner spontanen Einfälle schließlich zu der Einsicht, daß individueller wie kollektiver Terror grundsätzlich abzulehnen sei. Der AStA, oder die ihn mit tragende "Bewegung undogmatischer Frühling" (BUF), sah in diesem Beitrag ein Element der Aufklärung über Gewaltverhältnisse.

Der RCDS Göttingen, auch dort hochschulpolitisch in der Offensive, verstand den "Nachruf" anders. Er erstattete am 28. April beim Landgericht Göttingen Anzeige gegen den anonymen Verfasser - wegen öffentlicher Billigung der Ermordung dreier Personen, des Generalbundesanwalts, seines Fahrers und des begleitenden Justizwachtmeisters (§ 140 StGB) und forderte den Rektor der Universität, H.J. Beus, auf, gegen den AStA einzuschreiten (mit der Ankündigung, dies im Unterlassungsfalle durch das Mittel der Dienstaufsichtsbeschwerde zu erzwingen). Am 2. Mai untersagte der Rektor in der Tat die weitere Verbreitung der Ausgabe der gn vom 25. April, "insbesondere die Verbreitung des Artikels 'Buback - ein Nachruf'". Er forderte vom AStA, einige Äußerungen (von S. 10) "öffentlich zurückzunehmen"[1] und verlangte außerdem von den amtierenden Mitgliedern des AStA die (private) Erstattung der Druckkosten für die inkriminierte Zeitungsausgabe[2]. In seiner rechtsaufsichtlichen Verfügung untersagte es der Rektor dem AStA ("erneut"),

"Erklärungen und Stellungnahmen allgemeinpolitischen, nicht hochschulbezogenen Inhalts abzugeben und zu verbreiten und hierfür Haushaltsmittel der Studentenschaft einzusetzen".

Es wird Anzeige auch gegen Hersteller und Verteiler der "Göttinger Nachrichten" erstattet und im Niedersächsischen Landtag die Auflösung der verfaßten Studentenschaft verlangt.

Ich glaube, daß erst Strafanzeige (RCDS) und rechtsaufsichtliche Verfügung (Rektor) die Publikation des "Nachrufs" für den Göttinger AStA zum Ereignis gemacht haben; fürs erste sogar zu einem mehr oder weniger lokalen Ereignis, das sich vielen Beteiligten wahrscheinlich als ein Glied in einer ganzen Kette von Auseinandersetzungen darge-

stellt hat, die älteren Ursprungs ist; Konflikte, in denen es mit wechselnder Akzentuierung um das "Politische Mandat" des AStA gegangen ist. Die Göttinger Staatsanwaltschaft ermittelt schon gegen zwölf frühere AStA-Vorsitzende (1971 - 1976) wegen "zweckwidriger" Verwendung von AStA-Geldern in der Wahrnehmung des Politischen Mandats. (§ 266 StGB, Verdacht der "Untreue").

Der kriminalisierte Artikel verschwindet aus der Öffentlichkeit. Der AStA zahlt (oder zahlt auch nicht), die Staatsanwaltschaft Göttingen ermittelt (ohne Ergebnis?) gegen den unbekannten Autor (Billigung von Straftaten/Verunglimpfung eines Verstorbenen). Andere ASten solidarisieren sich mit den Göttingern in der Frage des Politischen Mandats. So hätte es, vielleicht, ausgehen können, wenn wir nicht eine Presse hierzulande hätten, die - als kapitolinische Gans? - spontan über Verfassungswidrigkeiten und Terrorismus wacht, und eine Obrigkeit, der ein eventuelles Vergehen gegen den sozialen Frieden Maßnahmen abzufordern scheint.

Ende April begannen verschiedene Zeitungen, lokale wie überregionale, den "Nachruf" ausufernd als mörderisch, krank, primitiv, beleidigend zu bezeichnen. Das Ereignis gewinnt Konturen(:)

"Wenn sich in kranken Gehirnen die Karlsruher Bluttat als freudiges Ereignis darstellt, dann ist das eine persönliche Angelegenheit. Ein öffentliches Ereignis wird es aber, wenn ein derartiges Musterbeispiel für blanken Faschismus im Publikationsorgan einer Einrichtung studentischer Zwangsmitgliedschaft verbreitet wird. Da kann es nicht genügen, wenn die niedersächsische Landesregierung den Artikel scharf mißbilligt und hochschulrechtliche Konsequenzen ankündigt" (FR vom 8. Mai 1977).

Die Zeitungen beschränken sich wohlweislich auf die Zitierung von Passagen, die, aus ihrem Zusammenhang gerissen, allenthalten Entsetzen auszulösen vermochten. Die Substanz des Artikels, die Absicht des Autors wurde dadurch in ihr glattes Gegenteil verkehrt. Die Leser mußten den Eindruck gewinnen, "Mescalero" (und der AStA Göttingen) habe den Mord an Buback hämisch gebilligt, sonst nichts; bei etwas besserer Information: er habe sich außerdem von der Gewalttätigkeit nur lau, nur aus taktischen Überlegungen heraus, distanziert. Der RCDS hat in einem Mitteilungsblatt durch eine Kürzung des Textes auf etwa 35 halbe Druckzeilen aus der Kritik am Attentat eine Art niedriger Zustimmung zum "Terror" gemacht.[3] Am 13. Mai spricht der "Rheinische Merkur" gar von einer "exemplarischen Verwirkung des Grund-

rechts der Pressefreiheit" (dieses Recht kann Bürgern ja entzogen werden), und schlägt vor, die Kompetenz für eine solche Maßnahme solle vom Bundesverfassungsgericht auf die Justiz- und Innenminister der Länder übertragen werden. (Hier beginnt für mich das "Ereignis"; darüber später.)

Breiteste Leserschaften, der Nachbar in der Etage, auch Mitglieder der herrschenden Klasse in einflußreichen Ämtern, werden grob des-informiert und manipuliert[4]. Aber wo ist der gesamte Nachruf zugänglich, damit der Leser vergleichen, urteilen, der AStA Göttingen sich verteidigen kann?

Dazu gleich. Zunächst die Exekutive, die nicht untätig bleibt. Bundes-Justizminister Vogel stellt Strafantrag. Länder-Minister schließen sich an. Die Polizei kommt in mehreren Hundertschaften: am 27. Mai, fünf Wochen nach Erscheinen des "Nachrufs", werden die Räume des AStA, ein Buchladen, das Büro des KBW und 17 Privatwohnungen durchsucht. Der Groß-Einsatz mußte den Eindruck der Fahndung nach Schwerverbrechern machen. Ein Teil der Polizisten trug Maschinenpistolen, Rechtsmittelbelehrung fand nicht statt, Durchsuchungsbefehle wurden erst nach der Durchsuchung ausgehändigt, Zeugen, z.T. unter Drohungen, vertrieben.

"Durch Maßnahmen wie Leibesvisitationen, Beschlagnahme von privaten Briefen und Tagebüchern wurde in die Intimsphäre (...) völlig unbeteiligter Personen eingedrungen" 5.

Objekt von heftigen, oft maßlosen Angriffen werden Allgemeine Studentenausschüsse, die den in Presse und Regierungs-Zitat gefälschten, der Öffentlichkeit unzugänglichen "Nachruf auf Buback" gleichfalls veröffentlichen - im wesentlichen als Ausdruck einer Solidarisierung mit dem AStA Göttingen (Univ. Kassel, Hannover, Heidelberg, Tübingen, Bremen, Bochum, Frankfurt; PH Göttingen und Westberlin[6]). In Kassel droht der Ministerpräsident des Landes Hessen, H. Börner (SPD), sofort "rechtliche Schritte" und die Sperrung aller AStA-Mittel an, sofern sich der AStA nicht von seinem Nachdruck distanziere; der tut's. Der Rektor der PH Berlin fordert den AStA auf, alle noch vorhandenen Exemplare der betr. AStA-Zeitung zu vernichten und die bereits ausgegebenen Exemplare wieder einzusammeln. In Nordrhein-Westfalen beantragt der Wissenschaftsminister J. Rau (SPD) bei der Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme der "Bochumer Studentenzeitung" und stellt Strafanzeige gegen die Verantwortlichen.

Aus verschiedenen Universitäts-Städten wird berichtet, daß Rektoren und Minister Verfahren androhen, weitere Anzeigen werden erstattet, da und dort erscheint Polizei[7]. Kurz: Es wird versucht, auch die in ihrer Reichweite sehr begrenzten, meist nur Studierenden zugänglichen örtlichen Nachdrucke des "Nachrufs" zu unterdrücken.[8]

In dieser Situation entschließen sich 48 Hochschullehrer und Rechtsanwälte in den Ländern Westberlin, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, den "Nachruf" - mit einigem dokumentarischen Material - ihrerseits zu veröffentlichen. Sie waren der Ansicht, daß es "jedem Gebot intellektueller Redlichkeit widersprach, das Denkprozeß-Ergebnis des Autors durch ein aus dem Kontext herausgerissenes Einzelzitat manipulativ und irreführend in sein Gegenteil zu verkehren (...)".[9] Sie halten es für geboten, der Öffentlichkeit, wenn nun überhaupt schon über den Artikel diskutiert werden soll, den ganzen Text zugänglich zu machen (und hofften, damit für den Göttinger AStA Schutzfunktionen zu übernehmen). Sie stellten der Dokumentation eine Erklärung ihrer Motive voran:

"Wir sehen uns veranlaßt, einen Nachruf zu veröffentlichen - einen Nachruf, den zu veröffentlichen unter Strafe gestellt worden ist: es geht um den erstmals in der Göttinger Studentenzeitung publizierten Nachruf auf Buback. Dieser Nachruf hat heftige Reaktionen ausgelöst: seine Verbreitung wird von Justiz und Polizeiorganen sowie von Hochschulleitungen verfolgt; in den Massenmedien, auch in den bürgerlich-liberalen Zeitungen, wird dieser Nachruf als Ausgeburt "kranker Gehirne" und als Musterbeispiel für "blanken Faschismus" (Frankf. Rundschau) deklariert. Der vollständige Text wird nirgends veröffentlicht; im Gegenteil, die zentrale Intention des Artikels - seine Absage an Gewaltanwendung - wird unterschlagen.

Warum wird dieser Artikel unterdrückt? Die Publikation der unbotmäßigen Gefühle eines Studenten trifft auf eine Situation, in der der Staat Trauer für einen seiner Repräsentanten verordnet und in Szene setzt. Der Artikel verletzt in Form und Inhalt staatsbürgerliche Anstandsregeln - der Bundesjustizminister zeigt die "Verunglimpfung des Andenkens Toter" an. Der Artikel aber will auf seine Weise nichts weiter, als verordnete Gefühlsregungen infragestellen und einen Denkprozeß über die Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft in Gang setzen.

Wir halten diesen Denkprozeß für notwendig. Die Unterdrückung und Verfolgung des Artikels ist selbst Ausdruck dieser Gewaltverhältnisse: während jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt werden soll, können sich faschistoide Tendenzen ungehindert breit machen. Die politische Öffentlichkeit in der Gesellschaft und speziell an den Hochschulen wird weiter eingeschränkt. Durch die exemplarische Kriminalisierung einzelner Studentenvertreter wird an den Hochschulen ein Klima der Angst erzeugt, in dem viele politische Diskussionen nicht mehr geführt werden und Äußerungen, die mög-

licher Weise politischen Charakter haben könnten, nur noch hinter vorgehaltener Hand gemacht werden.

Wir sind der Auffassung, daß eine öffentliche Diskussion des gesamten Artikels möglich sein muß. Mit seiner Veröffentlichung wollen wir zugleich dazu beitragen, der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, indem wir das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen."

Wenige Tage nach dem Erscheinen dieser Dokumentation, Anfang Juli 1977, sahen sich nun die 48 Herausgeber einer arbeitsteilig organisierten Mischkultur von politischer Auseinandersetzung, angedrohten oder eingeleiteten Disziplinar-Verfahren und staatsanwaltlichen Ermittlungen gegenüber.

Für große Teile der Presse, vor allem für FAZ und die Blätter des Springer-Konzerns, waren die Professoren und Anwälte Spießgesellen - von Mördern, von politischen Gewaltverbrechen. FAZ: Die Herausgeber hätten "eine Ehrenerklärung für einen Sympathisanten des Terrorismus" abgegeben, und damit eine "immanente Billigung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen" geleistet, eine "Ermunterung zur gewaltsamen Veränderung von Staat und Gesellschaft" (18. Juli 1977, F.U. Fack.) Nach dem Mord an dem Bankier J. Ponto legt die gleiche Zeitung den Herausgebern eine Art geistiger Urheberschaft für diese Tat nahe.

Ich dokumentiere auf S. 17 ff:

1) K.F. Fromme: "Sie können dafür", FAZ vom 2.8.77[10].
2) G. Zehm: "Der Tod und das Mädchen", Die WELT vom 2.8.77, stark gekürzt.
3) J. Augstein: "Wer den Staat bekämpft, kann von ihm kein Geld erwarten", Kommentar in der WELT vom 4.8.77, gekürzt.
4) Ohne Namen: "Staatspension, klammheimlich." Die WELT vom 11.8.77.

Zu erwähnen wäre auch Hans Habe, der in der WELT am Sonntag vom 7. August 1977 die Herausgeber der "Dokumentation" in die Nähe jener NS-Funktionäre rückte, die vom Schreibtisch aus die Ermordung von Juden im Lager Auschwitz angeordnet haben.

Die Minister reagierten unterschiedlich. P.Glotz, Wissenschaftssenator in Westberlin, forderte die 12 Berliner Hochschullehrer in einem "Offenen Brief" (WELT, 8.7.77) zu einer politischen Diskussion auf; in einer Form, die durchaus argumentative Auseinandersetzungen zuließe. (Er gab freilich gleichzeitig der Staatsanwaltschaft in Westberlin Kenntnis von der "Dokumentation" und bat sie um Prüfung, welche

strafrechtlichen Konsequenzen daraus u.U. zu ziehen seien.)

Aus seinem "Offenen Brief" wurde, und wird noch, vor allem der Schlußpassus zitiert:

"Bekämpfen Sie diesen Staat, wenn Sie dies für notwendig halten; aber bekämpfen Sie ihn nicht mit Pensionsberechtigung. Scheiden Sie aus einem Dienstverhältnis aus, das dann seinen Sinn verloren hat",

ein Satz, der freilich aus dem Kontext des gesamten Briefes nicht herausgelöst werden sollte.

Ihn verwendete der Wissenschafts-Minister in Niedersachsen, E.Pestel, in einem xerokopierten Schreiben an 11 Hochschullehrer (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Osnabrück), mit dem er sie aufforderte, sich bis spätestens Ende Juli von dem "Mescalero"-Text zu distanzieren. Der Vorwurf:

"Sie haben den Artikel "Buback - ein Nachruf" des Göttinger "Mescalero" in einer Dokumentation veröffentlicht und damit den Konflikt, den dieser Artikel an verschiedenen niedersächsischen Hochschulen ausgelöst hat, wachgehalten, wenn nicht sogar erneut verschärft, und zwar unter dem Vorwand, die öffentliche Diskussion über den vollständigen Artikel in Gang zu setzen" (15.7.77).

Wissenschafts-Senator Franke, Bremen, forderte die Bremer Herausgeber zwar auf, eindeutig zu erklären, daß sie die Auffassungen des "Nachruf"-Autors nicht teilten, nahm sie aber gegen die Flut schwerer Anschuldigungen in der Presse öffentlich in Schutz[11].

Organe der CDU, der Bund "Freiheit der Wissenschaft", der Deutsche Hochschulverband (die Standesorganisation der Hochschullehrer), die Christlich-sozialen Arbeitnehmer-Ausschüsse (Sparte für Beamte), katholische Studentenverbindungen, der RCDS forderten direkt oder indirekt die Entlassung der Herausgeber aus dem Staatsdienst, oder schlicht "Lehrverbot".

In Niedersachsen behauptete der Landesvorsitzende der CDU, der Landwirt W. Hasselmann, die Dokumentation sei "eine eindeutige Parteinahme für den verbrecherischen Terrorismus, dessen Folgen sich in dem Mord an dem Bankier (Jürgen Ponto) wieder gezeigt" hätten. Die Herausgeber seien "Lobredner des Terrors", "Beschöniger terroristischer Ergüsse". Am 8. August klagten die Betroffenen beim Landgericht Hannover auf Unterlassung dieser ehrenverletzenden Behauptung. Der Pressesprecher des CDU-Landesvorsitzenden hielt am 10. August diese Anrufung des Gerichts gegen seinen Chef für ein Zeichen von "Verwir-

rung der Geister und Verrohung der Sitten" - "solche Leute" hätten keinen Platz an der Hochschule verdient (NHP, 10.8.77).[12]

Seit Anfang Juli ermittelt die Staatsschutzabteilung der Polizei in Westberlin gegen die Herausgeber (Westberlin, Niedersachsen). Nach Mitteilung der WELT vom 9. Juli haben sie möglicherweise gegen eine ganze Reihe von gesetzlichen Bestimmungen verstoßen: Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Billigung von Straftaten und Volksverhetzung (§§ 189, 131, 140 StGB).[13]

Die "Dokumentation", die so viele, und zu Anteilen hysterische, Reaktionen ausgelöst hat, ist inzwischen vergriffen. Die Herausgeber beabsichtigen keine Neuauflage.

Den Text - "Buback - ein Nachruf" - noch einmal im ganzen aufzuführen, will ich lieber unterlassen.[14] Ich werde ihn in zweifacher Weise zitieren: in meiner Analyse, dort aus Gründen der Lesbarkeit nur kurz, und in einer der Analyse vorangestellten Version. Ich habe die Passagen des "Nachrufs", die ich für die Analyse benötige, dort vollständig wiedergegeben und nummeriert; die Ziffern in (Klammern) der folgenden Analyse verweisen auf diese Version.[15]

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. August 1977

„Sie können dafür" von Friedrich Karl Fromme

Lange wird es nicht dauern, da werden wir mit Poemen erfreut werden, die den Mord an dem Bankier Ponto auf verdrückte Weise gutheißen. Vielleicht melden sich auch Hochschullehrer zu Wort mit einem wohlabgewogenen Einerseits-andererseits, das in Betrachtungen mündet über den Kapitalismus, seine Grausamkeit, die Hilflosigkeit seiner Diener, die der komplementären Hilflosigkeit derer entspreche, die den blindwütigen Schlag gegen einen unschuldigen Manager des Systems geführt haben — die also in einem höheren Sinne auch unschuldig seien.

Dergleichen wird zu lesen sein, oder es wird geboten werden in der raffinierten Technik, die dem Leser eine Rampe baut bis zu dem Punkt, von dem man nur weiterzugehen braucht. Was wird dagegen zu tun sein? Nichts. Nichts jedenfalls in einem äußerlichen Sinne. Das Straf- und sogar das Disziplinarrecht zu achten sind die Sympathisanten der Terrorszene gewöhnt. Sie passen sich dem an, wie das Wild am Waldrand; sie wissen, daß Schonzeit ist für Intellektuelle, die dem Terrorismus — und wäre es auf beflissen erklärende Weise — schön tun.

Gegen die 48 Berliner und Bremer und niedersächsischen Professoren, die den tückischen Nachruf Göttinger Studenten auf den ermordeten Generalbundesanwalt Buback nachgedruckt und auf auslegbare Weise kommentiert haben, ist nichts Ernstliches geschehen als ein wackerer Brief des Berliner Wissenschaftssenators Glotz. Dort hieß es, die Herren Berliner Professoren möchten doch, wenn sie den Staat in seiner heutigen Verfassung nicht zu billigen vermöchten, aus seinen mit wohlichem Pensionsanspruch ausgestatteten Diensten ausscheiden — aber von einem Disziplinarverfahren, angestrengt mit dem Ziel der Entfernung der Betreffenden aus dem Dienst, hat man nichts gehört.

Da gibt es den prinzipiellen Aspekt des Selbstbewußtseins und der Selbstgewißheit des Staates und seiner freiheitlichen Ordnung. Er hat es nicht nur zu tun mit einer „Sympathisantenszene" derer, die den Terroristen auf unmittelbar erkennbare und je nach Lage der Dinge sogar auch heute noch strafbare Weise Hilfe geben. Es geht jetzt nicht mehr allein darum, daß Leute mit ehrbaren Berufsbezeichnungen den ins Terroristen-Milieu abgesunkenen Töchtern und Söhnen von Kollegen und „Freunden" für eine Nacht Quartier, ein kräftiges Frühstück und einen Hundertmarkschein mit auf den Weg geben. Die Terroristen können sich, was das äußerliche und Materielle angeht, heute selbst helfen. Sie brauchen dazu keine netten oder hilflosen Professoren und Pastoren und Polizisten mehr. Aber was die Terroristen brauchen, das sind die Leute, die mit Breitenwirkung „Verständnis" zu Papier und zu Gehör bringen, auf halbe oder viertel Weise, so, daß man jederzeit „nichts gesagt" haben kann — so, daß jeder, der will oder der dazu in Versuchung ist, etwa verstehen kann: Mord ist und bleibt verwerflich, aber ein Mord, der, und sei es am unschuldigen Opfer, das „System" in seiner Verwerflichkeit brandmarkt, ist etwas anderes als der, bei dem nur getötet wird .

Bestimmte Literaten ¿die solches äußern, haben für sich, daß sie dem freiesten, dem auch vogelfreiesten Berufsstand angehören. Wenn immer es sie nach politischem Einfluß gelüstet, müßten sie sich freilich, wenn sie vor sich selbst bestehen wollen, der Wirkung ihres Tuns bewußt werden. Und sie wollen ja, daß ihr unverbindliches Schreiben Folgen habe, daß es zum Handeln anleite. Mit einem umgestellten „So", ob einer wie der ermordete Generalbundesanwalt Buback nicht gelebt oder „so" nicht gelebt haben sollte, kann es da nicht getan sein; wer politische Wirkung will, muß auch einkalkulieren, das hier nicht die Gesetze der literarischen Feinheit, sondern die plumpen Gewichte der Aufnahmefähigkeit des Publikums walten. Aber schwieriger als bei den Literaten ist es bei den Professoren. Sie, die den Mord an Ponto nicht verherrlichen (das wäre strafbar), aber die ihn

auf umwegige Weise als subjektiv verständlich und damit auch objektiv jedenfalls verstehbar darstellen könnten, handelten sicherlich zum größeren Teil nicht so wie das bunte Volk der Literaten .
Professoren, Bekenner dem Wortsinne ihres nicht mehr so schönen Titels nach, legen heute oft ihre Bekenntnisse ab vor dem häßlichen Altar des Opportunismus oder des esoterischen Feinsinns. Man will Ruhe haben vor Störungen der Vorlesung oder im Einklang leben mit denen, die das Entlegene kennen. Man will in der nächsten Sitzung des Fachbereichsrates nicht als reaktionärer Außenseiter gebrandmarkt werden; beileibe nicht in allen Fachbereichen ist es so, aber in manchen an manchen Universitäten. Dort ist man an der Spitze des Fortschritts, wenn man bestimmte Positionen einnimmt, und die Bequemlichkeit ist allemal verführerisch. Kapitalismuskritik ist hier und da Lehrfach — sollten da nicht für den Mord an einem führenden Bankier Erklärungen, literarisch-publizistisch-politisch verbrämte Theorien zu erfinden sein, die als Rechtfertigungen genommen werden können von dem, der will, und die angenehmerweise schwer widerleglich bezeichnet werden können als nichts anderes denn interessante, hypothesenweise zu vertretende theoretische Positionen?
Diese Sympathisanten, die nie einem Terroristen Nachtlager und Reisegeld gegeben haben, sind die wirklich gefährlichen. Sie haben zwar „nichts getan", sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nur nachgedacht. Daß das Denken eine bestimmte Richtung begünstigt: was kann der Denker, was kann der Schreiber dafür? Er kann dafür.

DIE WELT vom 2. August 1977

„Wer den Staat bekämpft, kann von ihm kein Geld erwarten" von Rechtsanwalt Josef Augstein
Die AStA-Zeitung „Göttinger Nachrichten" druckte ihren bekannten Nachruf". Der Autor konnte seine „klammheimliche Freude" nicht verhehlen, den der „Abschuß von Buback" bei ihm hervorgerufen habe. Bedauert wird, daß dieses Gesicht nun nicht mehr in das schwarz-rote Verbrecheralbum aufgenommen werden kann, das nach der Revolution herausgegeben werden soll. Ebenso haben nicht nur Fachschaften der Technischen Universität Braunschweig, sondern auch 48 Professoren reagiert. Sie haben sich dem Nachruf angeschlossen.
Wie muß ein freiheitlicher Rechtsstaat eine solche Herausforderung beantworten, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. An sich sollte das feststehen: Die Verantwortlichen müssen mit allen legalen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden.
Die Rektoren in Göttingen und Braunschweig haben zu Recht Strafantrag gestellt. Nach Paragraph 131 des Strafgesetzbuches (StGB) wird bestraft, wer Schriften verbreitet, die Gewalttätigkeiten gegen Menschen schildern und dadurch eine Verherrlichung solcher Gewalttätigkeiten ausdrücken. Nach Paragraph 140 StGB wird bestraft, wer Mord offensichtlich billigt. Nach Paragraph 189 StGB wird bestraft, wer das Andenken eines Verstorbenen verunglimpft. **Sollten die Gerichte zu dem Ergebnis kommen, daß der Tatbestand nicht verwirklicht ist, muß diese Gesetzeslücke schnellstens geschlossen werden.**
Selbst dabei darf es aber nicht sein Bewenden haben. Der AStA lebt von Zwangsbeiträgen aller Studenten. Allgemein-politische Betätigungen des Asta sind daher untersagt. Ein AStA, der einen solchen „Nachruf" veröffentlichen läßt, darf keine Zwangsbeiträge mehr erhalten. Der Allgemeinheit der Studenten ist es nicht zuzumuten, eine so rechtswidrige Tätigkeit des AStA auch noch zu finanzieren.

Wer solche Nachrufe veröffentlicht oder dabei mitwirkt, muß das Recht verwirkt haben, weiter auf Kosten der Allgemeinheit zu studieren. Er müßte vom weiteren Studium ausgeschlossen werden. Jegliche Zahlungen zur Finanzierung des Studiums müssen gestrichen werden .
Professoren und Beamte sind als solche dem Staat und der rechtsstaatlichen Ordnung besonders verpflichtet. Eine Unterstützung von Terroristen, die Billgung eines Mordes, sind mit der Beamtenstellung nach dem Grundgesetz unvereinbar. Wer Terrorist und Revolutinär sein will, muß seine Beamtenstellung verlieren. Von dem Staat, den man bekämpft, kann man weder Geld noch Pension erwarten. Hier müssen klare Fronten geschaffen werden. Wer unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat nicht mittragen will, kann nicht an einer Universität oder Hochschule lehren. Das war bisher auch der Standpunkt der zuständigen Minister und der Obersten Gerichte.
Bisher hieß es „Bonn ist nicht Weimar". So langsam nähert sich Bonn aber Weimar. Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre ließ man die die Nationalsozialisten gewähren. Wir haben erfahren, wohin das geführt hat. Mit übergroßer Toleranz kann man Gewaltverbrecher und Terroristen nicht bremsen. Sie benutzen den Rechtsstaat, um ihn auszuhöhlen und zu beseitigen. Das muß man klar sehen und dementsprechend konsequent handeln. Wir hatten nie eine so freiheitliche Verfassung. Es lohnt sich, für sie zu kämpfen. Wehret den Anfängen.

DIE WELT vom 4. August 1977

„Der Tod und das Mädchen" von Günter Zehm
Ich bin's, die Susanne! Dieser lieblich-familiäre Lockruf der Einlaß begehrenden Mörderin wird noch lange in unserem Bewußtsein nachklingen. Er bezeichnet eine äußerste Grenze menschlicher Perversion. Golo Mann hat recht: Nicht einmal die Nazis waren zu solcher Gemeinheit fähig. Der moderne Terrorismus hat in den von ihm affizierten Seelen Schranken des Anstands und der Humanität niedergerissen, die bisher für unüberwindlich galten, weil sie früher auch stärksten Belastungen standgehalten hatten.
Wenn jetzt, (wie mit Sicherheit zu erwarten) in den universitären AStA-Zeitungen und von professoralen Lehrstühlen wiederum die „klammheimlichen" Jubelrufe und Entzückungsschreie ertönen werden, wenn jetzt wieder die „Dichter" sich zu Wort melden werden, um „das Stück Fleisch" namens Jürgen Ponto auf ihre ganz spezifische Art und Weise unter die Erde zu bringen, wenn jetzt wiederum gewisse „Theoretiker" kommen und salbungsvoll beteuern, der Fall Jürgen Ponto sei an sich zwar schrecklich, aber man müsse doch „rational darüber diskutieren", denn das gesellschaftliche Leben sei nun einmal „gewaltförmig" und der institutionalisierten Gewalt des Staates müsse man auf jeden Fall irgendeine „sinnvolle Gewalt der Unterdrückten" gegenüberstellen.
Solange der Staat der Bundesrepublik Deutschland nicht einen eindeutigen Trennungsstrich zwischen sich und die mehr oder weniger offenen Ideologen des Terrors zu legen vermag, solange er mit riesigen staatlichen Summen überall an den Universitäten, Schulen und Pädagogischen Hochschulen des Landes das „gewaltförmige Denken" subventioniert und hätschelt, so lange wird es keine grundsätzliche Veränderung der gegenwärtigen Terrorszene geben können. So lange wird die Deformation der Seelen und Gehirne weitergehen, und jeder Bürger wird weiter damit rechnen müssen, daß ihm eines Tages der gewaltsame Tod in Gestalt eines jungen Mädchens gegenübertritt, das kein Erbarmen mehr kennt, und das seinen tödlichen Monolog mit der lieblichen Wendung eröffnet: „Onkel, ich bin die Susanne ..." ,

DIE WELT vom 11. August 1977

Staatspension, klammheimlich

esw. — Warum noch „Sympathisanten"? Schade um das lauwarme Wort, es geht um Blutiges. Nennt die kleinen Nagetiere hinter der Szene doch künftig die Klammheimlichen! Das hören sie lieber, paßt auch besser ins Wörterbuch des Neuen Unmenschen, nicht weit hinter Kader. Macht ihnen doch diese klammheimliche Freude, es ist die einzige Form der Freude, die sie sich vorstellen können.

Die Klammheimlichen mit der Freude am vergossenen Blut — kein Konfektionspelzchen steht ihnen besser als „klammheimlich", hießen sie auch Professor gar, hätten sie leider auch Theologie bei Hans Dampf Marx in allen Gassen durchaus studiert, und seien sie von Haus aus auch an Nerzpelzchen bis zum Überdruß gewöhnt. Klammheimlich — dieser Plusterpelz für feine Proletpinkel aus gutem Hause steht ihnen endgültig zu.

Bisher waren sie vom schiefen Maul gezeichnet, das sich klammheimlich ins Fäustchen lachte, vom schielenden Blick, der über Blutbäder wegsah, wenn die Henker ihre Seelenverwandten waren — das alles gehört zu den Attributen, die ihnen von Gutachtern als idealistisch attestiert wurden, damit wir sie verstehen lernen. Klammheimlich soll ja auch kein Kainsmal werden, dazu reicht es nicht, denn Kain war neben diesen zwinkernden Händchenreibern nach gelungenen Meuchelmorden ein wirklich großer Herr.

Ist es nicht ein Paradox, daß die klammheimlich Freudigen immer lauter spektakeln? Nein, denn ein Duckmäuserhaufen, der aus seinen Protzenzirkeln herausdrängt, macht natürlich Drängelspektakel. Sie äffen einander nach, sie nähern sich der Rampe mit dem aufgeblasenen Mut der Feigheit, die sich gehätschelt weiß. Denn Feige, denen noch Feigere Auslauf geben, können sich zum Mut der Tollwut steigern. Fällt es nicht auf, wie die Klammheimlichen nach den Morden an Buback und Ponto dem Drang nachgaben, ihre Sprache der Häme weniger zu deklamieren, vielsagend in die Runde zu grinsen, um unter Psychopathen sichtbar „in" zu bleiben, um unter dem Transparent der klammheimlichen Freude am Blutigen dichter zusammenzurücken? Die Kader der klammheimlichen K-Gruppenkiller: Im Wörterbuch des Neuen Unmenschen unter K zu finden, das spaltenlang besetzt ist. Soll man den Klammheimlichen, die ihre Schäbigkeit als Großmannsmut geehrt wissen möchten, nicht den Gefallen tun, ihre Gesichter so steckbriefgetreu zu verbreiten wie die rotbelichteten Schmarotzer, denen sie applaudieren? Hinauf mit ihnen auf die Terrorszene, und ganz oben hinauf, scharf belichtet, wenn sie ihr klammheimliches Händeklatschen und Feixen auch noch mit Staatspensionen honoriert haben wollen.

Denn das Minderwertige im Klammheimlichen gibt keine Ruhe; es möchte ans Licht, um sich zu verbrüdern mit dem Gleichminderwertigen, einerseits. Andererseits: Staatspensionen klammheimlich dafür einstecken, das möchten sie denn doch.

Aber was ist ein Ereignis?

Das waren die Ereignisse (auf das Unerläßlichste verkürzt). Aber was ist ein Ereignis? Eine mögliche Antwort wäre: das pure Geschehen, das einer als "Ereignis" definiert, indem er es für seine Zwecke verwertet. Also: Die herrschende Klasse hat aus dem "Mescalero"-Text ein Ereignis gemacht, indem sie ihn gemäß ihrer eigenen Strategien interpretiert hat; z.B. als einen Aufruf zur terroristischen Gewalt oder als Billigung eines Attentats, und den entstellten Text entsprechend nutzt. Die Fälschung einer Absicht und die Verwertung dieser Fälschung für den eigenen Zweck, das wäre das "Ereignis" (und nicht der verwertete Text).

Daß es sich bei der Verkehrung der Intentionen "Mescaleros" nicht um ein Mißverständnis aus Unschuld, bei der öffentlichen Erregung nicht um ein wahres Erschrecken über einzelne Formulierungen des Textes handelt, sondern um ein Programm, ist einer Fülle von Phänomenen an der Nase anzusehen. Für das"Programm" sprechen auch bestimmte Überreaktionen der Philosophen der heutigen Bourgeoisie. Im "Rheinischen Merkur" wird an das Instrument der Verwirkung von Grundrechten erinnert - am Fall Frey, dem Herausgeber der "Deutschen National- und Soldatenzeitung", vor vielen Jahren lustlos, und erfolglos, erprobt; mit dem die Situation bezeichnenden Vorschlag, juristische Kompetenzen vom Bundes-Verfassungsgericht auf Länder-Ministerebene zu verlagern. Das ist der Weg zum konservativ-franquistischen Staat, zur Diktatur spanischer Prägung. Oder der Rechtsanwalt J. Augstein, der eine Gesetzeslücke annähme, wenn es nicht gelänge, die "Tat" der Dokumentatoren einem Paragraphen des Strafgesetzbuches zu subsumieren. Er müßte dann eigentlich eine Unschulds-Vermutung haben. Schafft mehr, schafft zwei, drei, viele strafbare Tatbestände! - Und dies alles wäre das eigentliche Ereignis, auf das die Herausgeber der Dokumentation eine Antwort geben müssen; die Dokumentation war der erste Schritt dazu.

Es gibt noch eine andere mögliche Antwort auf die oben gestellte Frage. Ich könnte "Ereignis" nennen, was einen Zwangs- und Macht-Zusammenhang unterbricht, im Gegenlauf zu den beherrschenden Tendenzen des status quo. Ereignis, das wäre dann ein novum, ein sich öffnender

Horizont. Immer noch käme "Mescalero" dem so verstandenen Ereignis am nächsten. Er spricht öffentlich aus, was in den Phantasien anderer, und vielleicht in Zirkeln, "Lagern" umgeht, und ist bereit, es - öffentlich - in ein Urteil zu überführen. (Das zu untersuchen, ist Sache des Teils II. Es werden sich dort noch andere "Gegenläufe" zeigen.) Die Reaktion von Presse, Staatsgewalt und Administration wäre dann gerade kein Ereignis, vielmehr der Versuch, das Ereignis zu ersticken - und wäre der Ansatz noch so zart, er soll nicht sein. Und dann wäre dies der eigentliche Grund für einen Dritten, den Text zu dokumentieren: den Erstickungs-Versuch zu verhindern.

Skeptiker könnten sagen, es gäbe überhaupt kein Ereignis, nichts als Wind, der hüben wie drüben gemacht wird. Der Leser wird sich sein eigenes Urteil bilden.

Um der Machtfrage willen (o Gott) !

Analyse des Artikels Buback - ein Nachruf

Buback — ein Nachruf

1. Dies soll nicht unbedingt eine Einschätzung sein oder ein kommentierender Verriß vom Schreibtisch aus ‚mit päpstlichen Gestus vorgetragen und· als „solidarische Kritik" bezeichnet. Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch — das ist mir alles piep-egal. Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen, diese Rülpser sollen zu Papier gebracht werden, vielleicht tragen sie ein bißchen zu einer öffentlichen Kontroverse bei.
2. Meine unmittelbare Reaktion, meine „Betroffenheit" nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, daß er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken eine herausragende Rolle spielte. Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau sein Konterfei angesehen hat, der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat trägt, den er in so hervorragender Weise verkörpert. (. . .)
   Ehrlich, ich bedauere es ein wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rot-schwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden, um der meistgesuchten und meistgehaßten Vertreter der alten Welt habhaft zu werden und sie zur öffentlichen Vernehmung vorzuführen. Ihn nun aber nicht mehr — enfant perdu.
3. Aber das ist ja nun nicht alles gewesen, was in meinem und im Kopf vieler anderer nach diesem Ding herumspukte. So eine richtige Freude, wie etwa bei der Himmelfahrt von Carrero Blanko konnte einfach nicht aufkommen, nicht, daß ich mich von der wirklich gut inszenierten „öffentlichen Empörung und Hysterie" kirre machen ließ; dieses Spektakel scheint ja wirklich von mal zu mal besser zu funktionieren. (. . .)
4. Aber deswegen ist mir dieser hermetisch wirkende Block gleichgeschalteter Medien offizieller Verlautbarungen und Kommentare doch nicht so egal, daß ich mich bei irgendwelchen Aktionen überhaupt nicht mehr um ihn zu kümmern brauchte. Die Wanzenaffäre hat doch gezeigt, daß sich dieser Chor der aufrechten Leute in den Pelz gesetzt hat, die ihn kratzen, die sich nicht mit Meinungen und Kommentaren hinweg tuschieren lassen. Da haben sich immerhin Risse und Brüche in dieser scheinbar festgefügten Legitimationsfassade gezeigt, die wir ausnützen müssen und können, sogar in Bezug auf Stammheim. Da haben wir eine Gelegenheit versäumt, ein öffentliches Gemurmel, ein öffentliches Unbehagen der Nonchalance mit der die Bubacks, Maihofers, Schiess und Benda die dicksten Rechtsbrüche begehen, offensiv für uns und die Gefangenen zu nutzen. Diese Chance ist vorerst vorbei. (. . .)
5. Das mag ein persönlicher Eindruck sein; ich hatte auch keine Ideen und keine Kraft, bei dieser Affäre einzugreifen. Aber deutlicher wird das, was ich damit kritisieren will, vielleicht am Beispiel des Roth/Otto-Prozesses in Köln. In diesem Prozeß war die Strategie der Bubacks die, die Linke, die nachweislich nicht geschossen haben, als Polizisten-Mörder zu verurteilen. Revolutionäre Linke sind Killer, ihre Gesinnung, ihre Praxis prädestiniert sie zu Killern, die vor keinem Mittel zurückschrecken — so die Gleichung der Ankläger und (offensichtlich) der Richter.
   In mühevoller Kleinarbeit ist es den beteiligten Genossen und Genossinnen wenigstens ansatzweise gelungen, diese Strategie zu durchkreuzen (. . .)
6. Am letzten Mittwoch haben die Anwälte von Roth und Otto Antrag auf Haftentlassung gestellt, weil einfach von der Beweislage her der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes am Polizisten Pauli nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Die Gleichung „Linke sind Killer" war durchkreuzt. Ich befürchte aber, daß mit dem Anschlag auf Buback den Genossen die guten Karten aus der Hand genommen sind, daß hierdurch eine unfreiwillige Amts-

hilfe für die Justiz geleitet wurde, die vielleicht sogar den Urteilsspruch negativ beeinflussen wird.

7. Der Blindheit jener, für die sich die politische Welt auf Stammheim reduziert und die völlig unabhängig von der jeweiligen „politischen Konjunktur" den Kampf führen und ihre Mittel wählen, könnte so andere Genossinnen und Genossen entwaffnen und wäre ein unfreiwilliger Beitrag dazu, sie fertig zu machen. „Counterinsurgency" andersherum...

8. Diese Überlegungen alleine haben ausgereicht, ein inneres Händereiben zu stoppen. Aber es kommt noch doller. Ich habe auch über eine Zeit hinweg (wie so viele von uns) die Aktionen der bewaffneten Kämpfer goutiert; ich, der ich als Zivilist noch nie eine Knarre in der Hand hatte, eine Bombe habe hochgehen lassen. Ich habe mich schon ein bißchen dran aufgegeilt, wenn mal wieder was hochging und die ganze kapitalistische Schickeria samt ihren Schergen in Aufruhr versetzt war. Sachen, die ich im Tagtraum auch mal gern tät, aber wo ich mich nicht getraut habe sie zu tun.

9. Ich habe mir auch jetzt wieder vorgestellt, ich wäre bei den bewaffneten Kämpfern, werde gesucht, gejagt, lebe irgendwo in einem konspirativen Zusammenhang von einigen Leuten, muß aufpassen, daß meine alltäglichen Verrichtungen (einkaufen gehen, Papierkörbe leeren, einen Film ansehen) mir nicht schon den Garaus machen.

10. Ich frage mich, wie ich — abgeschnitten von alltäglichen persönlichen und politischen Zusammenhängen — mit meinen Leuten die Entscheidung über eine solche Aktion fällen könnte. Wie ich mich monatelang darauf vorbereiten müßte, daß Buback weg muß, wie mein ganzes Denken von Logistik und Ballistik bestimmt wird. Wie ich mir sicher sein kann, daß dieser und kein anderer sterben muß, wie ich in Kauf nehme, daß auch ein anderer dabei draufgeht, ein dritter vielleicht querschnittsgelähmt sein wird etc.

11. Ich müßte völlig umdenken: ich denke immer noch, daß die Entscheidung zu töten oder zu killen bei der herrschenden Macht liegt, bei Richtern, Bullen, Werkschützern, Militärs, AKW-Betreibern. Daß ich dafür extra ausgebildet sein müßte, kaltblütig wie Al Capone, schnell brutal, berechnend.

12. Wie soll ich mich entscheiden, daß Buback wichtig ist, nicht für mich und meine Leute, sondern auch für die anderen Leute. Daß er wichtiger ist, als der Richter X am Gefängnis Y oder einer seiner Wärter. Oder daß der Verkäufer in der Ecke, der dauernd „Kopf ab" brüllt eine geringere „Schuld" trägt als Buback. Nur, weil er weniger „Verantwortung" hat?

13. Warum diese Politik der Persönlichkeiten? Könnten wir nicht mal zusammen eine Köchin entführen und sehen, wie sie dann reagieren die aufrech-
14. ten Demokraten? Sollten wir uns nicht überhaupt mehr auf die Köchinnen konzentrieren?

15. Wenn in Argentinien oder gar in Spanien einer dieser staatlich legitimierten Killer umgelegt wird, habe ich diese Probleme nicht. Ich glaube zu spüren, daß der Haß des Volkes gegen diese Figuren wirklich ein Volkshaß ist. Aber wer und wieviele Leute haben Buback (tödlich) gehaßt. Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden?

16. Wir alle müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen, so wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen. Wenn Buback kein Opfer des Volkszornes wird (oder wegen mir auch des Klassenhasses, damit kein falscher Verdacht aufkommt), dann geht die Gewalt, die so ausgeübt wird, ebensowenig vom Volk aus, wie Bubacks Gewalt vom Volke ausging.

17. (...) die Strategie der Liquidierung, das ist eine der Strategien der Herrschenden. Warum müssen wir sie kopieren? Die Leute (das Volk!) haben

Angst davor, sie haben ihre Erfahrungen damit gemacht, genauso wie mit Einkerkerung und Arbeitslager. Was wir auch tun: es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben. Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren. Nicht in Gefängnisse und nicht in Arbeitslager sperren und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um.

18. Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaft ohne Justiz, Knast und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften oder besser: Empfehlungen) dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden .

19. Warum liquidieren? Lächerlichkeit kann auch töten, zum Beispiel auf lange Sicht und Dauer. Unsere Waffen sind lediglich Nachahmungen der militärischen, sondern solche, die sie uns nicht aus der Hand schießen können. Unsere Stärke braucht deswegen nicht in einer Phrase zu liegen (wie in der „Solidarität". Unsere Gewalt endlich kann nicht die Al Capones sein, eine Kopie des offenen Straßenterrors und des täglichen Terrors; nicht autoritär, sondern antiautoritär und deswegen umso wirksamer. Um der Machtfrage willen (o Gott!), dürfen Linke keine Killer sein, keine Brutalos, keine Vergewaltiger, aber sicher auch keine Heiligen, keine Unschuldslämmer. Einen Begriff und eine Praxis zu entfalten von Gewalt/Militanz, die fröhlich sind und der Segen der beteiligten Massen haben, das ist (zum praktischen Ende gewendet) unsere Tagesaufgabe. Damit die Linken, die so handeln, nicht die gleichen Killervisagen wie die Bubacks kriegen.

Ein Göttinger Mescalero

Analyse des Artikels Buback — ein Nachruf

"Buback - ein Nachruf", das ist die Darstellung eines Reflexionsvorgangs, der an - sogenannt - Unmittelbares anknüpft, an Stimmungen, Gefühle, Gewaltphantasien, Einfälle, und diese überprüft. Mit dem zu erwartenden Ausgang (denn warum reflektiert denn Einer öffentlich?): der Kritik an der Unmittelbarkeit, einer Selbstkritik, die - wie jeder Versuch, politische Identität herzustellen - zugleich Kritik einer politischen Praxis, hier: des "Terrors", sein muß.

Die Stufen dieses Reflexionsprozesses sind leicht zu rekonstruieren:

"Meine unmittelbare Reaktion (...) ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen ..." (2)
"Aber das ist ja nun nicht alles gewesen, was in meinem und im Kopf vieler anderer nach diesem Ding herumspukte. So eine richtige Freude (...) konnte einfach nicht aufkommen" (3).

Die klammheimliche Freude nach dem "Abschuß" ist doch keine Freude. Das "innere Händereiben" wird bald gestoppt (8). Warum? Die erste Begründung dafür hat aktuelle Bezüge (und erscheint flüchtigen Lesern prima facie als bloß "taktisch", von Nützlichkeits - Erwägungen bestimmt): Weil das Attentat auf den Generalbundesanwalt und seine Begleiter es der Linken erschwere, politischen Nutzen aus dem Umstand zu ziehen, daß es in den Lausch-Angriffen von Stammheim oder im Falle Traube die Obrigkeit war, die ihre rechtsstaatlichen Bindungen wie lästige Steine vom Brett gewischt hat (4); und weil der Anschlag die "Gleichung" vieler Ankläger, Linke seien Killer, in einem Augenblick zu bestätigen scheint, wo die Gleichung im Kölner Roth/ Otto-Prozeß gerade mühsam durchkreuzt worden ist. Das Attentat als unfreiwillige Amtshilfe für die Justiz?

"Die Blindheit jener, für die sich die politische Welt auf Stammheim reduziert und die völlig unabhängig von der jeweiligen "politischen Konjunktur" (...) ihre Mittel wählen, könnte so andere Genossinnen und Genossen entwaffnen und wäre ein unfreiwilliger Beitrag dazu, sie fertig zu machen. "Counterinsurgency" andersherum..." (7)

Und doch, trotz der Anspielung auf ein Herzstück der bloß taktischen Argumentation, der "politischen Konjunktur", ist diese erste Begründung für die Kritik des Autors - an seiner Unmittelbarkeit wie an den Attentätern - keine bloß nützlichkeitsorientierte, "tak-

tische". Er spricht von der Blindheit jener, für die sich die politische Welt auf Stammheim reduziert, ein Satz, der innerhalb der linken RAF-Diskussion in aller Regel für nicht-"taktische" Momente der Kritik steht: Abstraktivität, Realitätsschwund, Blockierung von Erfahrungs-Produktion. Trotz dem vorsichtigen Konjunktiv ("könnte" entwaffnen, "wäre" ein Beitrag) wehrt sich der Autor hier gegen die Politik der RAF.

"Diese Überlegungen alleine haben ausgereicht, ein inneres Händereiben zu stoppen. Aber es kommt noch doller ..."

Die Vergegenwärtigung des subjektiven Kontexts (Phantasien von Gewalt) und der politischen Bedingungen geht weiter, drängt in ein Zentrum der Kritik des "Bewaffneten Kampfs" (9 - 16). Taking the role of the others: indem er, der Autor, sich imaginierend in die Lage und in Handlungs-Bereitschaften von Attentätern versetzt:

"Ich habe mir auch jetzt wieder vorgestellt, ich wäre bei den bewaffneten Kämpfern (...), lebe irgendwo in einem konspirativen Zusammenhang von einigen Leuten ...
Ich frage mich, wie ich - abgeschnitten von alltäglichen persönlichen und politischen Zusammenhängen - mit meinen Leuten die Entscheidung über eine solche Aktion fällen könnte",

findet er in sich selbst die entscheidenden Einwände - gegen die Täter wie gegen seine eigenen Tagträume vor. Wer die Entscheidung, zu töten, den Herrschenden, den Befehlshabern und Justizpersonen usw. abnimmt, wer ihnen das Monopol auf gewaltsame Tötung streitig macht, muß werden wie sie:

"daß ich dafür extra ausgebildet sein müßte; kaltblütig wie Al Capone, schnell, brutal, berechnend",

der muß völlig umdenken (11). Warum? Weil die Möglichkeit, das eigene Denken ganz von Logistik und Ballistik bestimmen zu lassen (10), oder über die Tötung eines Menschen ganz sicher zu sein ("daß dieser und kein anderer sterben muß"), und dabei noch zusätzliche Opfer kaltblütig in Kauf zu nehmen,

"daß auch ein anderer dabei draufgeht, ein dritter vielleicht querschnittsgelähmt sein wird" (10),

seiner, des Autors, Auffassung nach gerade die Möglichkeit - und das Stigma - einer herrschenden Macht ist, wenn sie ihr Gewaltmonopol ausspielt.[17] Und weil sein Weg zu einer "Gesellschaft ohne Terror und Gewalt" (18) nicht über Leichen gehen darf. "Dieser Zweck

heiligt nicht jedes Mittel".

In den Überlegungen des Autors werden, meist flüchtig, noch andere Dimensionen der Auseinandersetzung mit der Gewalt bezeichnet. Der "Nachruf" streift,

"was in meinem und im Kopf vieler anderer nach diesem Ding herumspukte",

so etwa die in der Tat wesentliche Frage nach den Kriterien der Entscheidung über eine Tötung - können denn wenige isolierte einzelne solche Entscheidungen überhaupt treffen? (10, 15); nach der Schuld, dem Schuldanteil, des Generalbundesanwalts:

"Oder daß der Verkäufer an der Ecke, der dauernd "Kopf ab" brüllt, eine geringere "Schuld" trägt als Buback. Nur weil er weniger "Verantwortung" hat"?

Was bedeutet es überhaupt, daß linke Gruppierungen, die sich bewaffnet haben, auf Persönlichkeiten fixiert sind? (13, 14) Der Autor entdeckt (16) - für sich wie für andere - daß die Gewalt, die von den Attentätern ausging, ebensowenig "vom Volke" kommt wie die Gewalt eines Bundesanwalts. Warum ist diese Überlegung wichtig? weil er nun in den "bewaffneten Kämpfern" eine Stellvertreter-Ideologie aufdecken kann:

"Wir müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen, so wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen".

Dies also ist der Sinn der beiden Passagen (15, 16), beginnend mit "Wenn in Argentinien ...", unausgesprochen besteht der Autor auf einer Politik der 1. Person (und nicht, wie manche Kritiker vermutet haben, auf einer Legitimierung des Volkskriegs).

Attentäter jedenfalls dürfen, können sich nicht auf irgendeine "Volkslegitimation" berufen.

Um es noch einmal festzuhalten: "Mescalero" glaubt zu spüren, daß unter der (faschistischen) Diktatur Attentäter, bewaffnete Untergrund-Kämpfer in der Hinrichtung eines Schergen vom Volkshaß legitimiert sind; daß sie in der Diktatur, insofern diese nicht den Konsens der Massen findet, sondern Gewaltherrschaft über ihnen errichtet, schlicht der handelnde Teil dieses leidenden Volkes sind. Aber wer und wieviele Leute haben Buback (tödlich) gehaßt? Der Autor

gibt keine direkte Antwort auf diese Frage. Aber spätestens der nachfolgende Passus bestätigt, daß er sie gleichsam nur "rhetorisch" gestellt hat - der Leser weiß, daß es keine Parallele von der Generalbundesanwaltschaft zu einem Carrero Blanco in Spanien gibt.

Oder doch? über den sogenannten "objektiven Unterdrückungs-Zusammenhang"? Wie, wenn das Volk nur nicht weiß, wer es unterdrückt, kann dann der Attentäter nicht stellvertretend für das Volk handeln? Nein: wir dürfen/sollen nicht "stellvertretend" handeln. (Bemerkenswert übrigens der Satz, im vorigen Passus (15), "Ich glaube zu spüren, daß der Haß des Volkes gegen diese Figuren wirklich ein Volkshaß ist"; Figuren, das waren die staatlich legitimierten Killer in Argentinien oder in Spanien. Haß des Volkes als Volkshaß - eine Tautologie? Ich glaube, daß "Mescalero" den kollektiven Charakter des inneren und äußeren Widerstands gegen Unterdrücker bezeichnen will.)

Insofern gibt "Mescalero" hier - ohne es zu wollen, ohne es wissen zu können - ein Stück Exegese zu P. Glotz, dem Berliner Wissenschafts-Senator: "Natürlich verlange ich auch keine 'grundsätzliche' Ablehnung von Gewalt, sozusagen einen Pazifismus für alle gesellschaftlichen und machtpolitischen Konstellationen; das wäre albern"[18]. In der Tat: der Tyrannenmord, von dem "Mescalero" hier redet, macht ihn nicht zum "Verfassungsfeind".

Der Autor trennt sich von den Attentätern auch auf der Grundlage der Antizipation: "Was wir auch tun, es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben" (17). Ergo: "Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren. Nicht in Gefängnisse und Arbeitslager sperren, und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um". "Warum liquidieren? Lächerlichkeit kann auch töten ... Unsere Waffen sind (...) solche, die sie uns nicht aus der Hand schießen können" (17, 19).

Wie immer es im Inneren des Nachdenkenden auch spontan ausgesehen haben mag: ungeordnete Gefühle, Phantasien von Gewalt, aggressive Einfälle, "klammheimliche Freude" und "inneres Händereiben" über den "Abschuß" - es bleibt nicht dabei. "Unsere Gewalt kann nicht die Al Capone's sein" - das ist deutlich[19]. "Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden".

Das Gerüst des Gedankenganges im "Nachruf auf Buback" wäre damit rekonstruiert: die Überführung von Gewalt-Phantasien und z.T. chao-

tischen Einfällen in ein Urteil; die Kritik an Terror und Attentat auf der Basis einer - eingestandenen, daher für viele "skandalösen" - eigenen spontanen Tendenz zur Gewalt.

Was jedoch damit noch nicht erklärt wird, ist die Wahl, die der Autor für seine Darstellung unter der Vielzahl möglicher Sprechakte getroffen hat. Gerade die Sprache des "Nachrufs" hat zu Bezeichnungen wie: brauner Jargon, faschistoid, pathologisch, pubertär geführt, das Sprachmaterial (Abschuß, Verbrechervisage, Typ) Leser zutiefst erschreckt[20]. Wir müssen in unserer Sprachanalyse allerdings zwei Stilebenen unterscheiden; ich nenne sie: Ebene der Anspielung (1), des alternativen Jargons (2). Danach sollten wir Ebenen der Rezeption des "Nachrufs" untersuchen. Die Erlebnisse beim Lesen eines Textes verstehen sich nie von selbst.

Eine erste Stilebene, die "Mescalero" bei seiner Formulierungsweise angeleitet hat, ist die der Anspielung, d.h. des indirekten Verweises auf Zusammenhänge oder Thesen, die selbst nicht (mehr) direkt thematisiert werden. Der Autor schreibt insofern "manieristisch", er ist, wenn er verstanden werden will, auf Leser angewiesen, mit denen er spezifische Denkinhalte, Symbole und Attituden gemeinsam hat. Anspielungen verweisen auf einen gemeinsamen Erfahrungshorizont.[21]

"Um der Machtfrage willen (o Gott!) dürfen Linke keine Killer sein, keine Brutalos, keine Vergewaltiger (...)",

"Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden".

Warum beispielsweise der Klammer-Ausdruck "o Gott!"? Wir müssen ihn zusammensehen mit der Formulierung "Sozialismus/wegen mit: Anarchie". Der Autor bezieht sich damit auf aktuelle Auseinandersetzungen in der ("spontaneistischen") Linken, die von klassischen Modellen der sozialistischen Revolution und der Machtfrage ebenso weit wegführen wie von Theorie und Praxis der RAF oder der "Bewegung 2. Juni"; Erörterungen, in denen auch das Ziel von gesellschaftlichen Umwälzungen neu bestimmt werden soll (Sozialismus/Anarchie). Die studentische Linke, der "Mescalero" sich zurechnet (und bei der es kontrovers ist, was "links" eigentlich bedeutet), kann schon die alte Redeweise von der "Machtfrage" nicht mehr hören ("Wie stellt sich Euch die Machtfrage?" usw.) - deshalb sein "o Gott", ein Ausdruck

von gesteigerter Unlust, jedenfalls von emotioneller Abwehr. Es geht ihr (der "Mescalero"-Linken) um die Abschaffung von Macht. Die Bastionen - Institute, Überlieferungen, Funktionen, Gedanken - jeder Macht sollen geschliffen werden[22]. Wenn schon eine Kriegsmaschine eingesetzt werden soll, dann eine zur Zersetzung von Macht, die dürfte keine Nachahmung der militärischen Waffen sein (19)[23]. (Fritz Ulrich Fack hat in der FAZ vom 18.7.77 das "o Gott!" schlicht weggelassen, natürlich ohne diese Auslassung wenigstens zu markieren, und hat damit die Ausdrucksgestalt des Passus "Um der Machtfrage willen ..." für seine Zwecke hergerichtet. Denn nach dieser Kürzung kann er nun behaupten, die Argumentation des"Nachrufs" sei rein politstrategisch - es geht "Mescalero" mit einem Male positiv um die Machtfrage.)

Und gegen Bezeichnungen wie "Sozialismus" oder "Anarchie" ist diese "Mescalero"-Linke gleichgültig geworden, jedenfalls machen ihr die damit bezeichneten nicht-endenden Auseinandersetzungen Unlust - daher das "wegen mir", betont lässig, anstelle des korrekten meinetwegen, über das der Autor des "Nachrufs" natürlich auch verfügt. - Autoren, die vielleicht auf von Mescalero Gelesenes verweisen (Sozialismus, Anarchie, Machtfrage-o Gott!) sind wohl nicht mehr MARX und LENIN, gewiß nicht CHE GUEVARA, aber womöglich H.FOUCAULT und F. GUATTARI.

Deutlich der indirekte Verweis auf Erörterungen, die, soweit ich weiß, vom "Revolutionären Kampf" (Frankfurt) ausgegangen sind und einen theoretischen Ausdruck in der Zeitschrift Autonomie zu finden scheinen:

"Einen Begriff und eine Praxis zu entfalten von Gewalt/Militanz, die fröhlich sind und den Segen der beteiligten Massen haben, das ist (zum praktischen Ende gewendet) unsere Tagesaufgabe".

Ich erinnere an die Rede von J. Fischer auf dem Pfingstkongreß des SB, 1976 und an die Berichte z.B. von D. Cohn-Bendit über die Frankfurter Demonstration in den Tagen nach dem Tode Ulrike M. Meinhofs.[24] Dort wäre aufzufinden, was der Autor des "Buback - ein Nachruf" mit einer Gewalt/Militanz, die fröhlich sei, eigentlich meint, worauf er mit diesen Worten anspielt. In dem Stück inneren Monologs, den "Mescalero" veröffentlicht hat, wird dies freilich nicht erläutert, gerade nur gestreift. Es handelt sich, kurz gesagt, um den Versuch, (politischen) Widerstand - auch auf Straßen und Plätzen der Stadt! -

offen und hart auszudrücken (die Linken werden weder "Heilige" noch "Unschuldslämmer" sein, sagt Mescalero, (19)), aber so, daß bei aller Militanz die Brutalisierung des Widerstands in Terror und Tötung gerade verunmöglicht, dem Kampf gegen Herrschaft ein menschliches Gesicht gegeben wird. Linke sind keine Killer, Brutalos, Vergewaltiger (19).

Darum wird auch das Wort "Killer" im Text immer nur verwendet, um die Gewalt der Al Capone's, der Bullen, Werkschützer und Militärs physiognomisch zu bezeichnen. Ein "Killer", das ist jemand, der vor keinem Mittel zurückschreckt (5). In Spanien und Argentinien wurden, so "Mescalero", "staatlich legitimierte Killer" vom bewaffneten Widerstand getötet (15). (Dagegen ist Buback für den Autor offensichtlich kein spanischer oder argentinischer Fall.)

Der Ausdruck "Killer" wird m.a.W. kritisch, nie affirmativ, verwendet. Der Autor will, indem er ihn braucht, seine Distanz zu einem bestimmten Typus von Gewalt, von Tötung (und Macht) ausdrücken. Er liebt das Wort (Killer, killen) nicht, ist auch nicht etwa durch gewohnheitsmäßigen Sprachgebrauch gegen die Physiognomie des Ausdrucks stumpf geworden. Er will das, was es meint und ausdrückt, von der Straße der Linken entfernen.

Doch hier handelt es sich nicht eigentlich um die Technik der Anspielung. Kehren wir zu dieser, als unserem jetzigen Thema, zurück. Anspielung - und nicht etwa Aufforderung, Erwägung einer wirklichen Möglichkeit, ist der Passus mit der "Köchin":

"Warum diese Politik der Persönlichkeiten? Könnten wir nicht mal zusammen eine Köchin entführen und sehen, wie sie dann reagieren, die aufrechten Demokraten?
Sollten wir uns nicht überhaupt mehr auf Köchinnen konzentrieren?"

Gewiß haben diese Passagen nicht nur Anspielungs-Charakter. Sogar in erster Linie bezeichnen sie direkt bestimmte Inhalte. Der Autor erinnert uns daran, daß die Linke seinerzeit vermutet hat, die herrschende Klasse werde auf die Entführung von Menschen je nach Prominenz reagieren - für einen Peter Lorenz gab sie Inhaftierte frei, da rangierte das Interesse an der Rettung eines Menschen vor der Staatsraison, die lieber die Gefangenen behalten hätte. (Immerhin: da sich auch die "bewaffnete Linke" auf Persönlichkeiten fixiert, gelangt sie zwischen den Zeilen zu einer fatalen Identität mit der

herrschenden Klasse.) Und das Sich-konzentrieren auf "Köchinnen", auf einfach Leute, mag ein Hinweis auf die Massenferne der RAF und ähnlicher deutscher Gruppierungen sein, wahrscheinlich hält "Mescalero" sie für elitär. Doch ob die Zuwendung zu den arbeitenden und abhängigen Klassen das ist, was "Mescalero" empfiehlt, darf der Leser des Textes bezweifeln. Die "Köchin" spielt an - weniger auf Lenin (kann man den Staat nicht so einfach machen, daß ihn jede Köchin regieren könne?) als auf A. Glucksmann, und zwar nicht als (Ko-)Autor von "Neuer Faschismus - Neue Demokratie" (Wagenbach, Berlin 1972), sondern auf den neueren Glucksmann, den Autor von "Köchin und Menschenfresser - Über die Beziehungen zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager" (Wagenbach 1975); unter anderem eine ungewöhnlich heftige Anklage gegen Liquidation, Arbeitslager und Folter - verhängt "im Namen der Freiheit". In dieser Kritik am Marxismus, an Partei und Gewalt wäre die politische Orientierung des Göttinger Studierenden wahrscheinlich zu suchen. Wie ja überhaupt "Buback - ein Nachruf" weniger eine sozialistische Kritik der Gegenwart als eine Kritik des bürgerlichen Staats und des gegenwärtigen Sozialismus enthält.

Ich weiß nicht, ob wir versteckte Zitierungen immer der Stilebene der "Anspielung" zurechnen sollen. Ein Hinweis auf Gelesenes sind - höchstwahrscheinlich - die Reflexionen des Autor über die "Freude" am gelungenen Attentat, soweit sie Carrero Blanco einbeziehen (3). Sie verweisen jedenfalls auf in der Tendenz ganz ähnliche Überlegungen, die Barbara Sichtermann und ich anläßlich der Ermordung von Ulrich Schmücker angestellt haben:

"Warum wird unser Humanismus militant? Die Lebensgarantie kann auf Kosten zu vieler Dritter: Schwächerer, Hilfloser, Ausgebeuteter gehen. So lebte Heydrich in Prag auf Kosten Vieler. So lebte ein Carrero Blanco auf Kosten Vieler in Madrid. Wenn die Unterdrückten hier Leben vernichten, stimmen wir zu: der Tod trifft ein Leben, das selbst Vielen gegenüber von deren Lebendigkeit abstrahiert. Es lebt als der Tod anderer (...)".[25]

Wir sind einen Schritt weiter gegangen als "Mescalero": "Freude ist nie am Platz, wenn einer draufgeht".

Kein verstecktes Zitat ist wahrscheinlich einer der erschreckenden Inhalte des Textes, Teil der von Gewaltphantasie und Hohn beunruhigten Spontaneität:

"Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau sein Konterfei angesehen hat (= Buback, Ref.), der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat trägt",

ein Passus, der durch andere ähnliche Ausdrücke verstärkt wird, z.B. durch die "Killervisage" (19). Der zitierte Satz allein erinnert in der Tat an ein Vorbild, das die studentische Linke mehrfach dokumentiert hat:

"Ihr müßt diesen Typen ins Gesicht sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören".

So der Oberbürgermeister von Westberlin, Klaus Schütz, am 17. Februar 1968 über die ApO. "Mescalero" finden den gleichen Sprachgebrauch in seiner Umgebung vor, er zitiert nicht, er erinnert nicht: es ist, als habe sich Kl. Schütz endgültig durchgesetzt, auch die Linke denkt jetzt so wie er. Sie "weiß" es nicht mehr, daß sie einst anders dachte, und Gegenstand dieser Marginalisierung war.

Neben dieser ersten Stilebene, die der "Anspielung", gibt es eine zweite, vordergründige, den "alternativen Jargon": roh, dürftig, primitiv, ungestaltet haben ihn viele Leser empfunden.
Einige Beispiele:

"Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch - das ist mir alles piep-egal" 26

"Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen, diese Rülpser sollen zu Papier gebracht werden",

"nicht, daß ich mich (...) kirre machen ließe" (3)

"Aber es kommt noch doller (...) Ich habe mich schon ein bißchen dran aufgegeilt, wenn mal wieder was hochging und die ganze kapitalistische Schickeria samt ihren Schergen in Aufruhr versetzt war. Sachen, die ich im Tagtraum auch mal gern tun tät, aber wo ich mich nicht getraut habe sie zu tun."

"Auf sprachliche Sensibilität (...) wird mit einer wegwerfenden Handbewegung verzichtet".[27] Von Logizität, Klarheit und Folge in der gedanklichen Entwicklung ist wenig zu spüren. Wendungen wie "Abschuß von Buback", "ich habe diesen Typ oft hetzen hören" (2), erinnern, wenn man nicht sehr genau hinhört, an die Sprache des Faschismus.

Während es sich bei dem Manierismus der "Anspielung" in unserem Text um eine kunstlose Redeweise handelt, die sich der Anspielung nicht als eines Stilmittels bewußt ist, wird der alternative Jargon be-

wußt gewählt; oder zumindest werden entsprechende umgangssprachliche Tendenzen bewußt verstärkt. Die willkürliche Primitivierung zeigt sich an Übertreibungen (wie: "... auch mal gern tun tät"). Der Jargon überwiegt übrigens nur in den ersten drei Absätzen des Textes, und in einem einzigen späteren, in dem sich der Autor freilich auch früherer Gefühls- und Affektlagen erinnert, nicht an solche, die er heute hat. In anderen Passagen, in denen der Autor "Innerlichkeit" in Urteile überführt, schwächt sich der Jargon ab oder verschwindet. Es finden sich vereinzelt sogar ästhetische Redefiguren (vgl. Absatz (4) und das "öffentliche Gemurmel") und recht präzise, knappe Darstellungen (wie etwa die weiter vorn referierte Kritik am "bewaffneten Kampf", die mit den Worten "Die Blindheit jener..." beginnt). Deutlich geformt sind schließlich die Passagen (17) und (18), also gerade jene, in denen der Autor ein Programm formuliert:

"Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei (...), dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel", usw.

Aber warum wählt "Mescalero" diesen Jargon? (Wir sollten dabei immer auch an andere Ausdrucksqualitäten des Textes denken: das eigentümlich Wendige, zugleich "Unfertige", Flüchtige der Gedankenführung.) Der Autor primitiviert seine Sprache willkürlich - warum? Ich kann einige Gründe dafür benennen.

"Authentizität". Daß beispielsweise Begriffliches, Theoretisches in den Text keinen Eingang findet - oder eben nur "oberflächlich", nämlich indirekt, über viele Anspielungen, und daß Worte und Redefiguren, wie wir sie aus Bildungsprozessen kennen, durch Vulgarismen verdrängt werden, soll dem subjektiven Moment des "inneren Monologs", d.h. der Aussage über eine spontane Innerlichkeit, Authentizität verleihen. Wie ist das möglich, wie denkbar? Der anonyme Autor rechnet mit einer Leserschaft, von der er weiß, für sie gelte der - einst so wichtige - Zusammenhang von Theorie und Erfahrung als zerrissen. "Abstrakt", das ist das, was in Büchern steht (oder von Lehrern formuliert wird), "konkret" ist, was einem alltäglich-umgangssprachlich zustößt, das (scheinbar) Unvermittelte.

In der Entformung der erlernten Sprachdisziplin wendet sich "Mescalero" gegen Formen der Begrifflichkeit und Theorie-Ästhetik, die - nicht nur nach seiner Auffassung! - auch (oder gerade) in der uni-

versitären Linken "lebendige Subjektivität" abtöten, den Widerspruch zähmen; er wendet sich ab von einem Sprach-Denken, das sich unter Ausschluß alltäglicher Zustände, Gefühle und Ereignisse zu organisieren scheint. Nicht ohne Grund sagt "Mescalero", stringente Argumentation, Dialektik u.a. seien ihm piep-egal - er hat sie, wie andere, als Fesseln der Erfahrungsbildung und Diskussion kennengelernt.

Haben die Überlegungen des anonymen Autors durch den "Jargon" wirklich an Authentizität für bestimmte Leserschaften gewonnen (und damit seine Logik der Ablehnung blutiger Gewalt)? Wir wissen es nicht genau. Daß die Sprache der "Kultur" eine in den vergangenen Jahren aus vielfältigen Ursachen produzierte Scene nicht mehr erreicht, ist dagegen ganz gewiß. Ich beklage das. Noch mehr beklage ich, daß dort, wo "Kultur" nicht mehr hinreicht, jetzt Gewalt: Schmähung, Strafanzeige, Polizei-Einsatz, Diskriminierung, öffentliche Bildungsprozesse ablöst.

"Revolte gegen Herrschaft". Wo an der Kultur und in ihren Objektivationen ein Element der Unterdrückung erkannt wird, wo Formen der Sprache und des Denkens als Mittel der Erzeugung herrschaftskonformer Innerlichkeit gelten, brechen antiautoritäre Revolten den Bildungskonsens. Wo, wie in den Emanzipations-Bewegungen der Gegenwart - in der Bundesrepublik vor allem 1966 - 1969 - der Aufstand der Subjekte gegen ihre Verwertung "politische Sache" sein soll, entsteht auch ein Jargon der Provokation.

Mittel von Herrschaft, Medium des Ausschließens, Ausgrenzens aller Ereignisse, in denen eine Umkehr von Macht sich anzeigt, des Fernhaltens unbotmäßiger Gedanken, ist auch der wissenschaftliche und philosophische Diskurs. Im Umkreis des "Mescalero" nimmt dabei der Theoretiker das Gesicht eines Kommissars der theoretischen Polizei an:

"Ihre vornehmste Aufgabe ist die Kontrolle des Denkens und der Haltungen, die Verbreitungen wissenschaftlicher Rationalität und rationaler Redeweise.
So wie das Wissen hier präsentiert wird, impliziert es bereits politische Konformität. Gewisse Dinge sollen gewußt, andere nicht gewußt werden; ein bestimmtes Wissen wird vom Wissen ausgeschlossen und (...) dieser Ausschluß wird von den akademischen Kommissariaten organisiert.
Schließlich gibt es (...) noch die kleinen, schäbigen Hilfssheriffs der herrschenden Ordnung: die Polizei des Revisionismus und der Marxorthodoxie."[28]

"Eine neue revolutionäre Bewegung", so heißt es in der gleichen Quelle, werde sich nur entfalten können, wenn der Anspruch der Kommissare, theoretischen Polizisten und Hilfssheriffe "auf die Kontrolle und Verwaltung von Bewußtseins- und Bildungsprozessen gebrochen wird," [29]. Es handelt sich hier, um es gleichsam unterkühlt auszudrücken, um eine der Bedingungen, die jene Sprache des "Mescalero" möglich machen: vielleicht eine Randbedingung, aber sie unterscheidet die anstößige Sprache des "Nachrufs" von jener provokativen der antiautoritären Bewegung der 60er Jahre.

Ich bezweifle, ob eine Berufung auf M. Foucault - und andere Autoren dieser Aufkündigung des Konsens' - die Sprache des Textes - "Buback - ein Nachruf" - legitimieren kann. Das würde gewiß auch "Mescalero" nicht behaupten. Und doch scheint mir der Umstand, daß ein innerer Monolog wie der umstrittene veröffentlicht wird, anteilweise willkürlich primitiviert und mit häßlicher Sprache durchsetzt, mit der beginnenden Revolte gegen den Machtcharakter des wissenschaftliches Diskurses (und der bürgerlichen Kultur) verknüpft zu sein. Das psychische und soziale Feld, das von dieser Sprache konstituiert wird, ist freilich nicht nur von der Revolte bestimmt.

Sie mischt sich mit Bewußtseinslagen ganz anderer Herkunft. Es ist bekannt, daß die Linke, namentlich die studentische (oder universitäre) seit vielen Jahren erfolgreich marginalisiert, in ein Ghetto gedrängt, isoliert wird. Sie ist aus dem politischen Diskurs, soweit er gesellschaftliche überhaupt stattfindet, ausgeschlossen. Und immer wieder nimmt der "Marginalisierte" einen Teil seines Selbstverständnisses aus den Händen seiner Feinde entgegen: die "Selbst-Marginalisierung". Er akzeptiert seine Randständigkeit nicht nur, er agiert als Randständiger. Es ist gerade diese Aktionsform, in der eine Reflexionsform der Isolierung untergeht - er erinnert (sich) nicht mehr; der Prozeß der Marginalisierung, d. h. das, was ihm gesellschaftlich angetan wurde, verflüchtigt sich, er handelt als ausgegrenzt Isolierter. Der psychische Prozeß, in dem eine frühere Identität sich - unter Umständen verhängnisvoll - wandelte, wird vorzüglich vor dem Zugriff des Bewußtseins geschützt; jedenfalls in extremen Fällen, in denen jede psychologische Frage als "reaktionäre Psychiatrisierung" wütend abgewehrt wird. Dies gilt

gerade nicht für den anonymen Autor. Er "lernt", d.h. er ergreift in der Reflexion über das Chaos seiner Bewußtseinslagen wenigstens einen Zipfel der Wahrheit - freilich im Schatten der Selbstmarginalisierung, die auch ihn nicht verschont hat.

Nun ist es wieder der "Feind", der einen solchen Lernprozeß auslöschen will.[30]

So wurden die Leser in der ersten Maiwoche informiert

Süddeutsche Zeitung vom 4. Mai 1977

In einem größeren Zusammenhang findet sich der folgende Hinweis auf die **gn:**
„Er hatte geschrieben, er könne eine 'klammheimliche Freude' über den 'Abschuß von Buback' nicht verhehlen"; Strafanzeige sei erstattet worden.

Süddeutsche Zeitung vom 6. Mai 1977 (Titelseite)

Das Streiflicht
(SZ) Wer nach Beispielen sucht, wie der Nährboden des Terrors beschaffen ist, braucht nicht weit zu gehen. Die Zeiten sind vorbei, da man die Sympathisantenszene vorwiegend im Halbdunkel oder in den Schlupfwinkeln des Untergrundes vermutete. In diesen Tagen offenbart sie sich mit einer Schamlosigkeit, die kaum noch zu überbieten ist. Da schildert einer schnell und zynisch einmal in den Göttinger Nachrichten, dem „Amtsblatt" der studentischen Mitsprache, seine Betroffenheit nach dem Abschuß (andere sagen: der Hinrichtung) von Siegfried Buback, eine unverholene „klammheimliche" und nun in gedruckten Lettern publik gemachte „Freude" über diesen Tod: „Ehrlich, ich bedauere es ein wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rotschwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden..." Wir — wer ist denn das? Darf so der AStA im Namen der verfaßten Studentenschaft sprechen? In einem womöglich mit studentischen Pflichtbeiträgen und öffentlichen Mitteln finanzierten Blättchen?
Zitieren wir noch jenes nicht minder widerliche Erzeugnis der sogenannten Fettpresse, Zeitschrift der Fachschaft für Maschinenbau in Braunschweig. Wo man etwas über Angelegenheiten der Fachschaft und des Maschinenbaus erwarten sollte, erfährt der Leser, daß Buback — „eine der Gallionsfiguren der politischen Repression" — nun ein für allemal gehindert sei, „seine dreckigen Geschäfte weiterzuführen". So wird ein grausiger Vorgeschmack davon vermittelt, wie die Welt nach der „Revolution" dieser Sympathisanten des Terrors aussehen würde — eine gnadenlose Wegwerfgesellschaft, wo selbst die Erinnerung an Freiheit und Menschenwürde bald getilgt sein würde. Es wird Zeit, Bekundungen von dieser Sorte auf ihren strafrechtlichen Gehalt und auf die Tragweite des „politischen Mandats" prüfen zu lassen. In der Sprache der Revolution wäre eine solche Reaktion des Anstands freilich nur ein „keckes Ansinnen", studentische Publikationen zu zensieren. Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig — so lautet jedenfalls das Dogma jener gefährlichen, politisch pubertären Sekten mit ihren unaussprechlichen konspirativen Namen und Kürzeln (...)

DIE WELT vom 30. April 1977

„Göttinger AStA billigt den Mord an Buback", W. M., Göttingen
Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Göttingen hat die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback öffentlich gebilligt. In der mit einer Auflage von 6000 Exemplaren verbreiteten jüngsten AStA-Zeitung „Göttinger Nachrichten" heißt es, man könne eine „klammheimliche Freude" über den „Abschuß" von Buback nicht verhehlen.
In der aus den Beiträgen aller Göttinger Studenten finanzierten AStA-Zeitung wird bedauert, daß das Gesicht von Buback „nun nicht mehr in das keline rotschwarze Verbrecheralbum" aufgenommen werden könne, „das wir nach der Revolution herausgeben werden, um der meistgesuchten und meistgehaßten Vertreter der alten Welt habhaft zu werden und sie zu öffentlichen Vernehmungen vorzuführen".
Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat gestern Strafanzeige gegen den AStA wegen „öffentlicher Billigung" des Karlsruher Mordanschlages gestellt. Der Rektor der Universität wurde vom RCDS aufgefordert, die für die Zeitung verantwortlichen AStA-Referenten zur Rechenschaft zu ziehen. Nach Auffassung des RCDS muß der AStA auch finanziell haftbar gemacht werden, weil die Kosten für die „Göttinger Nachrichten" aus den zwangsweise eingezogenen Beiträgen der fast 20 000 Studenten aufgebracht worden seien.

DIE WELT vom 3. Mai 1977

„Justiz ermittelt gegen Göttinger AStA" von Wolfgang Meyer, Göttingen
Die Justizbehörden in Göttingen haben gegen den Allgemeinen Studentenausschuß der Georg-August-Universität ein Ermittlungsverfahren wegen des in der AStA-Zeitung „Göttinger Nachrichten" veröffentlichten „Nachruf" eingeleitet, in dem der Mord an Bundesanwalt Siegfried Buback gebilligt worden war (WELT vom 30. April). Die Göttinger Staatsanwaltschaft bestätigte gestern, daß das Verfahren unmittelbar nach Verbreitung der April-Ausgabe aufgenommen worden sei. Der Staatsanwaltschaft wurde auch ein entsprechender Strafantrag des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zugeleitet.
Der presserechtlich verantwortliche AStA-Referent, Klaus Lodewick, wies den WELT-Beitrag vom Samstag ohne Begründung als „unwahr" zurück. Nach seiner Darstellung ist der „Nachruf" auf den Beschluß der Redaktionskonferenz in die „Göttinger Nachrichten" aufgenommen worden. Lodewick fügte hinzu, daß die Redaktionskonferenz vom Studentenrat gewält worden sei.
In dem auf Beschluß der AStA-Redaktionskonferenz veröffentlichten Beitrag heißt es unter anderem: „Meine unmittelbare Reaktion, meine 'Betroffenheit' nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: Ich konnte und wollte (und will) eine kammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, was er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken für eine herausragende Rolle spielte. Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau genug sein Konterfei angesehen hat, der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat trägt, den er in so hervorragender Weise verkörpert. Und der kennt dann auch schon ein paar Züge von den Gesichtern jener aufrechten Demokraten, die jetzt wie ein Mann empört und betroffen aufschreien. Ehrlich, ich bedauere es ein wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rotschwarze

Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden, um der meistgesuchten und meistgehaßten Vertreter der alten Welt habhaft zu werden und sie zu öffentlichen Vernehmungen vorzuführen..."

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 3. Mai 1977

Dringliche CDU-Anfrage wegen Buback-Artikels, **K. P., Hannover**
Der in der Zeitung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Göttingen „Göttinger Nachrichten" veröffentlichte Kommentar über die Ermordung von Generalbundesanwalt Buback wird vor den Landtag in Hannover kommen. Die CDU-Fraktion hat wegen dieser Veröffentlichung eine dringende Anfrage an die Landesregierung gestellt. Die CDU-Fraktion möchte wissen, wie die Landesregierung die in dem Artikel vertretene Auffassung zu dem Mord an Buback und seinen Begleitern beurteilt. Sie fragt, was die Landesregierung unternommen hat, „damit solche eklatanten Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die guten Sitten künftig unterbleiben".
In dem Artikel war, wie schon berichtet, unter anderem von „dem Abschuß" Bubacks und von der „klammheimlichen Freude" des anonymen Verfassers an dem Mord die Rede.

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 4. Mai 1977

„Vogel stellt Strafantrag" Brief an Puvogel wegen Göttinger Buback-Artikel
Eigener Bericht **K. P. Hannover, Bonn**
Bundesjustizminister Hans-Joachim Vogel (SPD) und Landtagspräsident Heinz Müller (CDU) haben Strafantrag wegen des in der Zeitung des Göttinger AllgemeinenStudentenausschusses abgedruckten Artikels gestellt, der sich mit der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback befaßt.
In einem Brief an den niedersächsischen Justizminister Puvogel schreibt der Bundesjustizminister, er sehe in der Verbreitung der Zeitung, in der Freude über die Ermordung von Generalbundesanwalt Buback Ausdruck gegeben werde und der Ermordete verhöhnt werde, nicht nur eine grobe Verunglimpfung des ermordeten Generalbundesanwalts und eine öffentliche Billigung des begangenen Verbrechens. Vielmehr sehe er darin auch eine Verhöhnung und Beleidigung der Mitglieder der Bundesanwaltschaft.
„Ich stelle daher als Dienstvorgesetzter der Bundesanwaltschaft den anliegenden Strafantrag und bitte um Verfolgung der Täter unter allen rechtlichen Gesichtspunkten", heißt es zum Schluß des Briefes an den niedersächsischen Justizminister. Der Strafantrag richtet sich gegen „die Verfasser der verunglimpfenden Äußerungen und die verantwortlichen Hersteller und Verbreiter der Zeitung".
Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Göttinger Hochschullehrer Hans Hugo Klein hat den Bundesjustizminister auf den Artikel aufmerksam gemacht. In seinem Brief weist Klein darauf hin, daß der amtierende Allgemeine Studentenausschuß von den Gruppen „Sozialistische Bündnisliste" und „Bewegung undogmatischer Frühling" getragen werde, auf deren Listen bei den Studentenratswahlen auch Mitglieder der SPD kandidiert hätten.
Der niedersächsische Landtagspräsident Müller hat nach Angaben der Pres-

sestelle des Landtages als Göttinger Wahlkreisabgeordneter am Dienstag Strafanzeige wegen des Artikels erstattet. Sie richte sich gegen den noch unbekannten Verfasser des Artikels, in dem der Mord an dem Generalbundesanwalt mit zynischen Worten öffentlich gebilligt worden sei.
Der Rektor der Universität Göttingen, Professor Hans-Jürgen Beug, hat den AStA in einem Flugblatt am Montag aufgefordert, binnen einer Woche den Buback-„Nachruf" zurückzunehmen. Die künftige Verbreitung der betreffenden Nummer der „Göttinger Nachrichten" und die Ausübung eines politischen Mandats durch den AStA wurden von ihm untersagt.

RCDS-Magazin 2—77

„Klammheimliche Freude!" — Göttinger Nachrichten, AStA-Zeitung Göttingen, 25. April 1977
„Meine unmittelbare Reaktion, meine 'Betroffenheit' nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: Ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen."
„Ehrlich, ich bedaure es ein wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rotschwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden, um der meistgesuchten und meistgehaßten Vertreter der alten Welt habhaft zu werden und sie zu öffentlichen Vernehmungen vorzuführen."
„Ich habe auch über eine Zeit hinweg (wie so viele von uns) die Aktion der bewaffneten Kämpfer goutiert; ich, der ich als Zivilist noch nie eine Knarre in der Hand hatte, eine Bombe habe hochgehen lassen. Ich habe mich schon ein bißchen daran aufgegeilt, wenn mal wieder was hochging und die ganze kapitalistische Schickeria samt ihren Schergen in Aufruhr versetzt war. Sachen, die ich im Tagtraum auch mal gern tun tät, aber wo ich mich nicht getraut hab sie zu tun. Ich habe mir auch jetzt wieder vorgestellt, ich wäre bei den bewaffneten Kämpfern."
Könnten wir nicht mal zusammen eine Köchin entführen und sehen, wie sie dann reagieren, die aufrechten Demokraten? Sollten wir uns nicht überhaupt mehr auf die Köchinnen konzentrieren?"

Erklärung der Deutschen Journalisten-Union vom 8. Mai 1977

Der Landesbezirksvorstand der dju in der IG Druck und Papier und die Teilnehmer des dju-Seminars „Gewerkschaftlicher Standpunkt und praktischer Journalismus" des Landesbezirks Niedersachsen/Bremen verwahren sich gegen die Praxis der zunehmenden Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit auch in Norddeutschland. Jüngstes Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen um den Artikel „Buback — ein Nachruf" in der Zeitung der Verfaßten Studentenschaft der Universität Göttingen, der „göttinger nachrichten". Wir protestieren dagegen, daß politische Argumentation durch Strafverfolgung ersetzt werden soll. Es ist kein Ausdruck demokratischen Selbstverständnisses, wenn abweichende Meinungsäußerungen kriminalisiert werden. Offenbar soll das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung — „eine Zensur findet nicht statt" — durch neue Gesetze (§88a StGB), die politisch einseitige Anwendung bereits bestehender Bestimmungen („Verun-

glimpfung") und administrative Maßnahmen (Berufsverbote) unterlaufen werden. Miserabler Journalismus ist es, wenn dieser Tendenz durch bewußt verkürzte und verfälschende Darstellung zugearbeitet wird. Die Berichterstattung der großen Tageszeitungen, z.B. „DIE WELT" und „HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG", stellt eine flagrante Vernachlässigung der journalistischen Sorgfaltspflicht dar. Die Berichte über den Artikel aus den „göttinger nachrichten" ist die Verkehrung einer Meinungsäußerung in ihr Gegenteil: Distanzierung von Gewalt wird denunziert als Bekenntnis zur Gewalt.
Wir, der dju-Landesbezirksvorstand und die Seminarteilnehmer, halten es deshalb für notwendig, den Artikel der „göttinger nachrichten" zu dokumentieren. Diese Resolution wurde auf einer gemeinsamen Tagung in Gyhum in zwei getrennten Abstimmungen von den Mitgliedern des dju-Landesbezirksvorstandes und den Seminarteilnehmern einstimmig verabschiedet.
(Unterschrieben von R. Janz, komm. Landesbezirksvorsitzender)

Urteil des Jugendschöffengerichts

Amtsgericht Düsseldorf, 10. August 1977

I.

Die Angeschuldigten sind Studenten an der Fachhochschule Düsseldorf im Bereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Eine Vollversammlung dieses Fachbereichs beschloß am 11. Mai 1977, den in den "Göttinger Nachrichten" des Göttinger AStA am 25. April 1977 abgedruckten "Nachruf" auf den am 7. April 1977 in Karlsruhe ermordeten Generalbundesanwalt Buback in der Studentenzeitschrift "Die Lupe" des Fachbereichs Sozialarbeit und Sozialpädagogik nachzudrucken.

(...)

In der "Lupe Sonderbeilage Buback" wird auf Seite 2 zunächst folgendes ausgeführt:

> "Wir drucken den Buback-Nachruf der 'Göttinger Nachrichten' aus folgenden Gründen vollständig ab:
>
> 1. In ihm wird das allgemeinpolitische Mandat wahrgenommen, wir dürfen keine Angriffe auf dieses studentische Recht dulden.
> 2. In der Presse wurden nur Auszüge aus dem "Nachruf" Bubacks abgedruckt, die den Eindruck erwecken, der Kommilitone befürworte die Buback-Ermordung. Das stimmt nicht. Richtig ist, daß der Kommilitone den Buback-Mord nicht billigt.
> 3. Je mehr FHS und Unis sich mit dem AStA-Göttingen solidarisieren, und damit das politische Mandat wahrnehmen, um so weniger kann es uns gestrichen werden."

Anschließend folgt handschriftlich unter dem Verweis "ganz lesen" der vollständige Abdruck des "Buback-Nachrufs", der folgenden Wortlaut hatte:

(...)

Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben und ist der Ansicht, die Angeschuldigten (...) hätten gemeinschaftlich handelnd

1. als verantwortliche Redakteure vorsätzlich oder leichtfertig ihre Verpflichtung verletzt, Druckwerke von strafbarem Inhalt freizuhalten,

(...)

Sie sieht die Strafvorschriften (...) deshalb als erfüllt an, da der "Buback-Nachruf" in der Sonderbeilage der "Lupe" den Mord an Generalbundesan-

walt Buback öffentlich billige (...).
(...)

II.

Die Veröffentlichung des "Buback-Nachrufs" in der "Lupe Sonderbeilage Buback" erfüllt keinen Straftatbestand, (...).

1. Der abgedruckte Buback-Nachruf erfüllt nicht den Straftatbestand des § 14o Nr. 2 StGB (...). (§ 14o StGB = öffentliche Billigung von Straftaten (Anm. d. Hrg.)) Unter dem Begriff "Billigung" wird ein Gutheißen der Straftat verstanden. Die zustimmende Kundgebung muß unmittelbar, ohne Deuteln, erkannt werden. Auch muß es sich um eine abgeschlossene, zum Ausdruck gebrachte Wertung des Erklärenden handeln, die ihre Sinnbedeutung in sich selbst trägt. Eine Billigung fehlt, wenn eine indifferente oder gar anderslautende Kundgebung erst durch außerhalb der Erklärung liegende Umstände, also erst im Wege des Rückschlusses als zustimmende Kundgebung gewertet werden könnte. (...)
(...), da der sogenannte "Buback-Nachruf" bei einer vollständigen Überprüfung keine unmißverständliche Billigung des Mordes an Generalbundesanwalt Buback enthält. Unzulässig ist zunächst eine isolierte Betrachtung einzelner Sätze oder Passagen, losgelöst aus dem Zusammenhang. Bei Zitierung einzelner Sätze, wie zum Beispiel "ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen" (...) könnte ohne Bedenken diese Aussage, für sich gesehen, als Billigung des Mordes ausgelegt werden. Diese Sätze sind jedoch aus dem Zusammenhang gerissen. Für den Verfasser des Artikels ist die "klammheimliche Freude" Ausgangspunkt und Anstoß zur Betrachtung seiner eigenen Situation, zur Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland sowie über Sinn und Sinnlosigkeit der Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele im allgemeinen. Ausgehend von seiner gefühlsmäßigen Situation, als er vom Mord an Buback erfuhr, setzt er sich mit der Person Bubacks ("Konterfei") und dessen ausgeübter Funktion als Generalbundesanwalt ("ich weiß, was er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken für eine herausragende Rolle spielte") auseinander. Nachdem der Verfasser seine anfängliche Freude und Verärgerung über die öffentliche Reaktion auf den Mord an Buback zu Papier gebracht hat, folgt die erste Einschränkung, indem er es bedauert, "daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rot-schwarze Verbrecheralbum aufnehmen konnen ..., um sie zu öffentlichen Vernehmungen vorzuführen." Diese Äußerung und die weitere Feststellung "so eine richtige Freude wie etwa bei der Himmelfahrt von Carrero Blanco konnte einfach nicht aufkommen" läßt bereits erkennen, daß der Mord - wenn auch aus anderen Motiven, wie öffentliche Brandmarkung nach der Revolution - nicht mehr gutgeheißen wird. Im Anschluß daran geht der Verfasser auf politische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit ein, auf die "Wanzenaffäre", "Stammheim" und den "Roth-Otto-Prozeß in Köln", zu dem er die Befürchtung äußert, "daß mit dem Anschlag auf Buback den Genossen die guten Karten aus der Hand geschlagen worden sind, daß hierdurch eine unfreiwillige Amtshilfe für die Justiz geleistet wurde." Auch dies enthält eine Absage aus taktischen Gründen an dem Mord an Buback. Dies beweist auch die folgende Verärgerung des Verfassers über die "Blindheit jener ..., die völlig unabhängig von der jeweiligen politischen Konjunktur den Kampf führen und ihre Mittel wählen...". Nach diesem ersten Teil des Artikels kommt der Verfasser zwar zu der Feststellung, "diese Überlegungen alleine haben ausgereicht, mein inneres Händereiben zu stoppen", doch er kann nicht umhin, traumartige Zustände zu beschreiben, von Sachen, die er in "Tagtraum" auch gern gemacht hätte, wozu er sich aber nicht traute. In dieser Passage verliert der Verfasser durch seinen traumartigen Zustand den konkreten Bezug zur Realität und zum Mord an Buback, wie er sich selbst vor Augen hält, daß er bei Realisierung seiner aggressiven Phantasien "völlig umdenken" müßte. Er stellt sich selbst die Frage, wie er sich entscheiden sollte, "daß Buback

wichtig ist, nicht nur für mich und meine Leute, sondern auch für die anderen Leute" und kommt für sich zu folgendem Ergebnis: "Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden?" Dies ist eine klare Absage an Mord in der politischen Auseinandersetzung, da der Verfasser die Bewertungskriterien bei Auswahl der Opfer nicht akzeptiert und im nächsten Satz die Meinung ausdrückt "wir müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen." Ganz deutlich erfolgt die Absage an Gewalt durch die Formulierung "unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz),...,dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manche. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: zur Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden. Warum liquidieren? Lächerlichkeit kann auch töten..." "Unsere Gewalt endlich kann nicht die der Al Capone sein, eine Kopie des offenen Straßenterrors und des täglichen Terrors ..." (...) Es wird die Absage an Terror nicht relativiert, sondern eindeutig Stellung gegen Terror bezogen, wie die Gedankenführung des Verfassers und der Gesamtzusammenhang beweist. (...) Der Verfasser des Artikels identifiziert sich nicht mit der Gewalttat, er stellt sich auch nicht moralisch hinter die Täter, sondern hält die Gewalttat vielmehr für falsch. Die vom Bundesgerichtshof geforderte "abgeschlossene, zum Ausdruck gebrachte Wertung des Erklärenden" (in einer Entscheidung des BGH über die Auslegung des § 14o (Anm. d. Hrg.)) liegt in einer der Schlußfeststellungen, daß der "Weg zum Sozialismus" nicht "mit Leichen gepflastert" werden kann. Dies ist eine eindeutige Absage auch an den erfolgten Mord an Generalbundesanwalt Buback. Aus Gründen und Motiven, deren Bewertung nicht dem Gericht obliegt, heißt der Verfasser des Artikels den Mord nicht gut. Er haßte zwar Buback als Person und Funktionsträger, doch er hält den Mord aus politischen Gründen nicht für richtig. Mord und Terror sind für den Verfasser des "Nachrufs" kein Mittel, die nach seiner Meinung bessere Staatsform zu erreichen.
Im Übrigen zeigt die Kontroverse um diesen "Nachruf", daß eine Billigung des Mordes im Sinne einer eindeutigen Zustimmung "ohne Deuteln" durch den Artikel nicht erblickt werden kann, wie zum Beispiel die gegensätzliche"Erklärung der Professoren" und der "Brief des Senators Glotz" (beide veröffentlicht in Die Zeit Nr. 3o vom 15. Juli 1977 Seite 3) gezeigt haben.

2. (...) Die Veröffentlichung des "Nachrufs" erfolgte zumindest ausschnittweise und im Gegensatz zu der hier gewählten Form der Veröffentlichung vorzugsweise durch Herausreißen einzelner besonders inkriminierender Zitate in der gesamten deutschen Presse. Würde der Rechtsansicht der Staatsanwaltschaft gefolgt werden, hätte sich die überwiegende Mehrheit der Presse strafbar gemacht. Bei dieser Überlegung liegt es auf der Hand, auch die vorliegende Berichterstattung den Vorgängen des Zeitgeschehens zuzuordnen.
(...)

(...)

Düsseldorf, den 1o. August 1977
Das Amtsgericht, Abt. 131
Der Vorsitzende des Jugendschöffengerichts

Wie entsteht ein böses Objekt?

Die Rezeption des "Mescalero"-Artikels hat seine Niederschrift und sein Erscheinen als ein Ereignis definiert: ein böses Objekt will das gute Objekt (= Leben in der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Anstand) vernichten. P. Glotz, Westberlin: "Welches Grauen muß über die Mittelschichten kommen, wenn sie wahrnehmen, daß solches Bewußtsein in ihren Kindernzimmern gewachsen ist?" Und: "Läßt die gesellschaftliche Ächtung der Mördersprache nach (...)". Mördersprache, Ächtung, Grauen: das ist wirklich die Sprache des Entsetzens.

In den ersten Wochen nach dem Erscheinen der "Göttinger Nachrichten" vom 25. April schien ein psychoanalytisch beschreibbares Reaktionsmuster vorzuherrschen: der "böse Gedanke", niemand soll ihn auch nur haben, weil (annähernd) jeder ihn in sich unterdrückt. Wie im Kinderzimmer stürzt bei den Lesern die Realitätsprüfung zusammen: die Differenz zwischen Gedanke und Tat schwindet; wie im Wohnzimmer der Eltern wird die Verfolgung des "bösen Gedankens" moralisch rationalisiert. Es ist die Signatur unserer Zeit, daß böse nicht mehr (oder doch: nicht mehr so überwiegend) der Gedanke an Lust ist, der sich in der höheren Erziehung angeblich mit der Lust am Denken nicht verträgt, sondern die Phantasie der Gewalt; wie die bürgerliche Kultur ja auch in den letzten Jahrzehnten die Pornographie des Todes produziert hat - bis in die Bilderwelt des Films und der Illustrierten Presse. (Und dies, während gleichzeitig die Folter in die Praxis moderner und halbmoderner Staaten zurückkehrt.) Auch der verbotene Gedanke existiert als Gedanke jedoch erst, wenn er ausgesprochen wird; daher der öffentliche Terror, der das gesprochene Wort dem, der es aussprach, gewalttätig wieder in den Hals stopfen möchte - politisch: daher der Ruf nach "Einschränkung der Meinungsfreiheit". Auf ihn mit dem Gegen-Ruf nach der Erhaltung der verfassungsrechtlichen Garantien zu antworten, ist hilflos, weil es um das kulturelle Opfer, um Verdrängung und Abwehr geht.

"Der Verfasser (...) wendet sich an Menschen, von denen er annimmt, daß sie ähnliche Gefühle haben wie er. Er artikuliert zunächst (...) einen unterstellten Konsens, indem er seine ersten spontanen Gefühlsaufwallungen ausdrückt, diese dann kritisch überprüft, durchdenkt, damit unter Kontrolle seiner Vernunft bringt und in letzter aber eindeutiger Konsequenz den Terror verwirft".[31] Gut: man kann sagen, "Mescalero" habe diese Absicht schlecht, unvollständig realisiert

(ich sage das nicht), aber konnte man diese Absicht wirklich völlig aus der eigenen Wahrnehmung - beim Lesen des Textes - auslöschen? Ist es wirklich ausschließlich das Erschrecken über den Mord, das den Leser - vielleicht trotz aufdämmernder Einsicht in die Funktion des "Nachrufs" - auf der Verkehrung des Textes, auf der Ächtung des Verfassers bestehen läßt?

Wir müssen wohl von der Annahme ausgehen, daß sich in der Bundesrepublik, namentlich in der Generation, die Führungspositionen besetzt hat,vielfach eine Stimmung der diffusen Unsicherheit, ja Angst verbreitet, die von den Betroffenen in Programme der Ächtung, der markigen Worte transformiert wird, oder als Haß auf die Quellen dieser Angst erscheint. Nicht nur Folter und Terrorismus, militanter Regionalismus und Aspekte der Frauen-Emanzipation signalisieren ein Ende bürgerlicher Kultur. Es zeichnet sich in den urbanen Zonen der Industriestaaten ab, daß in der Generation der Heranwachsenden - und (noch) voriwegend in der des Bürgertums als der herrschafts- und kulturtragenden Klasse - ein vorgängiger, im wesentlichen mittelschichtsgeprägter "a-priori"-Konsens zerbricht: ein Konsens in den geltenden Werten, Normen und Standards, in der sozialen und psychischen Struktur der zwischenmenschlichen Beziehungen. Die jüngere Generation begann vor zwei Jahrzehnten, in einer weitgehend anomischen Lage, ihren Konsens erst zu finden - in Experimenten, Ausbrüchen, Revolten; wahrscheinlich wird er, wenn er einmal hergestellt sein wird, nicht einfach der unsere sein. Auch die oben zitierte These der Germanistik-Studenten von der Universität (oder Wissenschaft) als Polizei-Kommissariat, von den Marxisten als "Hilfssheriffs" der Macht, gehört zu den Erscheinungen dieses historischen Bruchs; und natürlich der verbale Zynismus, der die Staatstrauer für Herrn Buback so roh unterbrach.

Der bürgerliche a-priori-Konsens stützte sich auf eine geschichtlich entstandene Umwandlung von Fremdzwängen in eine "Selbstzwang-Apparatur" (N. Elias). Die Subjektivität Vieler in der Generation der Heranwachsenden organisiert sich heute anders. Hier kündigt sich eine Art von Unregierbarkeit von Individuen und Gruppen an, von der niemand weiß, ob sie nicht für den status quo - in Kultur, Wirtschaft, Herrschaft - bedrohlicher ist als das politische Attentat auf einzelne prominente Personen. (Insofern wäre es nicht ohne Lo-

gik, wenn den Herausgebern des "Buback - ein Nachruf" vorgeworfen wird, letztlich seien sie gefährlicher als ein Terrorist, weil sie ja den Bruch dokumentieren.)

Wer, wie viele Kritiker, in der Entgegnung auf den (nicht verstandenen) "Mescalèro" behauptet, daß "illegitime Gewaltanwendung des Staats (...) in der Bundesrepublik auch nicht im Ansatz ausgeübt wird"[32], vergißt, daß Organe des Staats auf viele Anzeichen dieser Situation - Riß, Brüche im "kulturellen" Konsens -, und auf erste Schritte zur Produktion eines neuen Konsens, gerade mit Gewaltanwendung reagieren; Gewalt, die sich zu oft als illegitim, manchmal durchaus als illegal, erwiesen hat.[33]

Kehren wir zu "Mescalero" noch einmal zurück. Daß einer seine klammheimliche Freude über den Tod des Generalbundesanwalts ausdrückt und verarbeitet, seine Phantasien kritisiert, gilt nichts. Daß er überhaupt so empfand, disqualifiziert ihn bereits. Er und andere, sollen in den alten Konsens zurückgezwungen werden. Es könnte sein, daß die Anomie der (nach-)bürgerlichen Gesellschaft zu weit fortgeschritten ist, als daß eine Kulturheuchelei nach dem Vorbilde des 19. Jahrhunderts noch erzwingbar wäre. Historische Prozesse sind grausam; nicht zuletzt deswegen, weil Staaten, wenn das Gewissen die Individuen nicht mehr sicher stabilisert ("Selbstzwang"-Apparatur), ihre Gewaltförmigkeit drastisch erhöhen. Mehr fällt ihnen nicht ein.

"Verfall durch Reformgesetze"

WÜRZBURG, 19. August (KNA). Die Wurzeln des Anarchismus und Terrorismus liegen nach Auffassung des Kartellverbandes Katholischer Deutscher Studentenvereine (KV) "im zunehmenden Verfall der Familie und im steigenden Verlust des Grundwertkonsens in unserer Gesellschaft".
Die christlichen Kirchen forderte der Altherrenbund des KV auf, die Achtung und Beachtung der Zehn Gebote wieder mehr in den Mittelpunkt ihrer Verkündigung zu stellen. Nur eine grundlegende Umorientierung des Bewußtseins könne den notwendigen Wandel im Sinne einer wirklich humanen Gesellschaft herbeiführen".
(Frankfurter Rundschau, 20. August 1977, S. 4)

Eine Stimme der Vernunft

Tagesspiegel vom 12. August 1977

Uwe Schlicht
(stark gekürzt; die letzten drei Abschnitte)

Der unbekannte Göttinger Student, der sich nicht ohne Zufall Mescalero (ein Apachenstamm) nannte, hat vor dem Hintergrund eines solchen Denkens und Fühlens den gefährdeten Kreis der sich Verweigernden mit seiner Argumentation weit eher erreicht als es Spitzenpolitiker oder Zeitungskommentatoren können. Der Göttinger Mescalero hat in seiner Sprache zur Absage an den Terrorismus aufgerufen und ein Plädoyer zur Rückkehr zur antiautoritären Methode des Lächerlichmachens empfohlen. Das spielt sich in der Logik linksextremen Denkens ab: Schon immer hat die Auseinandersetzung mit der Spontaneität eine große Rolle unter den Linksextremisten gespielt. Der Autor setzt in dieser Denktradition an, indem er von seiner und der Spontaneität vieler Gesinnungsgenossen ausgeht — die „klammheimliche Freude" über den „Abschuß" Bubacks. Im weiteren argumentiert der Mescalero nur noch gegen diese Spontaneität — nicht in den Moralbegriffen und Werten der übrigen Gesellschaft, sondern in jener linksextremen Umwertung, die Moral nicht getrennt von Fragen der Strategie diskutieren kann, wenn es politische Ziele zu erreichen gilt.

Die meisten Kommentatoren haben im Schock über das Vokabular der „klammheimlichen Freude", dem „Abschuß" und dem „rot-schwarzen Verbrecheralbum" diesen zweiten Teil des Mescalero-Artikels nicht mehr zur Kenntnis genommen. Damit ist die Frage der angemessenen Reaktion auf diese Veröffentlichung angeschnitten. Über 140 niedersächsische Wissenschaftler haben, nachdem Polizei, zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet, die Räume des Göttinger AStA, Druckereien und Privatwohnungen nach dem Urheber des Artikels durchsucht hatte, nachdem von Strafverfahren die Rede war, erklärt, diese Reaktionen würden bei vielen Studenten nur den Eindruck weiterer Unterdrückung und die Gefahr irrationaler Aktionen verstärken. Senator Glotz scheinen diese Befürchtungen nicht fremd zu sein mit seiner Absage an die sofortige Einleitung von Disziplinarverfahren gegen jene Berliner Professoren, die den „Buback-Nachruf" nachdruckten. Die von Senator Glotz gesuchte öffentliche Diskussion kann hier eher helfen, eine Diskussion, die zeigt, daß das Verhältnis zwischen Politikern und Studenten sich nicht mehr wie bisher stärker in Warnungen, Appellen, Strafverfahren, politischen Überprüfungen erschöpft, als im Dialog und praktische Politik zu beweisen, daß jene von Linksextremisten betriebene ideologische Gleichsetzung von Kapitalismus und Faschismus, jene Kette, die von Auschwitz über Vietnam, den Putsch in Chile bis zur „Isolationsfolter" und der Überprüfung der Verfassungstreue gezogen wird, nicht stimmt. Und der Eindruck muß überwunden werden, daß die Politik der Zukunftschancen der jungen Generation, die Frage der Massenarbeitslosigkeit nicht letztlich von den Finanz- und Wirtschaftsministern entschieden wird.

So gesehen kann der Mescalero-Artikel nach den Studenten-Unruhen in Wintersemester 1976/77 ein weiteres Alarmzeichen sein, daß erneut ein Teil der jungen Generation unserer Gesellschaft zu entgleiten droht. U.S.

Universität Bielefeld
Professor Dr. Claus Offe

12. Juli 1977

Sehr geehrter Herr Senator,

die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 9.7.1977 einen "Offenen Brief", den Sie an die in Ihrem Amtsbereich tätigen Herausgeber der Buback-Dokumentation gerichtet haben und in der Sie zu dieser Veröffentlichung "politisch Stellung nehmen". Die Beurteilung, zu der Sie dort kommen, richtet sich gegen die Herausgeber in ihrer Gesamtheit, also auch gegen mich. Ich darf Ihnen daher folgendes erwidern.

Ich überblicke die kulturpolitische Situation in Westberlin und die von ihr nahegelegten Opportunitäten zur Zeit nicht ausreichend, um Ihr Schreiben in deren Zusammenhang analysieren zu können. Ich beschränke mich daher darauf, mich mit Ihren Aussagen auseinanderzusetzen.

Da ist zunächst Ihre Feststellung, unsere Veröffentlichung sei "ein bedenkliches Sturmzeichen für die Gefährdung der politischen Kultur in unserem Land." Meinen Sie nicht auch, daß Sie sich bei der Wahl so starker Worte leichtfertig der Steigerungsmöglichkeiten begeben, die Sie vielleicht doch für Angelegenheiten wie die Abhöraffäre Traube vorbehalten sollten? Was den Text aus der Göttinger Studentenzeitung in der Tat "druckreif" macht, ist nicht so sehr sein Inhalt wie die Tatsache, daß er der Staatsgewalt und den Medien als Anlaß gedient hat, in Göttingen und anderswo eine massive Verfolgungswelle in Szene zu setzen. Diesem Zweck konnte der Text des "Nachrufs" freilich nur deshalb dienen, weil er nicht bekannt war; Staatsgewalt und Medien haben im Dunkel von Ignoranz, ja Desinformation der Öffentlichkeit operiert und sich durch Unterdrückung des Textes ein Alibi verschafft, das sich angesichts der eingetretenen Folgen für "die" Studentenschaft wohl zu zerstören lohnt.

Ich frage mich, was Sie wohl mit dem Satz gemeint haben könnten, die Absage an Gewaltanwendung, die Sie bei dem anonymen Verfasser des "Nachrufs" zutreffend konstatieren, sei "fast nur strategisch motiviert". Falls Sie "taktisch" gemeint haben sollten, wäre das für sich genommen schon ein aufschlußreicher Lapsus; aber es wäre auch angesichts des Textes, der nun jedermann zugänglich ist, eine ziemlich unsinnige Behauptung. Die begriffliche Verwahrlosung, welche die politische Kultur in unserem Lande in der Tat kennzeichnet und gefährdet, sollte, wie ich meine, nicht so weit getrieben werden, daß die Differenz zwischen Taktik und Strategie vollends verlorengeht: Es ist ja nicht der taktische Gesichtspunkt, daß der Mord an Buback und seinen beiden Begleitern im Ergebnis nur "dem politischen Gegner nütze" (das bedeutet z.B., wenn ich eine schwer überprüfbare Hypothese wagen darf, Herrn Maihofer sein Amt gerettet hat), der den Verfasser des "Nachrufs" zur "Absage an Gewaltanwendung" veranlaßt; es ist vielmehr in erster Linie der strategische, d.h. prinzipielle Gesichtspunkt, daß die einzelgängerische Gewalttat gegen Menschen mit sozialistischen Begriffen von Freiheit und Emanzipation absolut unverträglich ist. Ich verstehe, daß diese Auffassung der in Göttingen tätig gewordenen Staatsanwaltschaft und den Medien nicht in ihr Feindbild paßt. Eben daraus rechtfertigt sich für mich die "bewußte (was sonst?) Veröffentlichung dieses Textes".

Der Text, schreiben Sie, vermittele "einen erschreckenden Einblick in die moralische, seelische, psychische Verfassung eines Teils der 'akademischen Jugend' von 1977." Darüber könnte man diskutieren. Aber als Autor einer Springer-Zeitung werden Sie gewiß nicht so unvorsichtig sein, "sprachliche Sensibilität" und "das Bemühen um ein gerechtes Urteil" zu Kriterien für Druckreife erheben zu wollen. Zudem frage ich mich, weshalb Sie der Öffentlichkeit eben diesen Einblick verwehren wollen? Warum wollen Sie "den Mittelschichten" das Grauen ersparen, das Ihrer Vermutung zufolge bei der Lektüre des Textes über sie kommen müßte? Doch nicht etwa deswegen, weil dann durchaus zur Debatte stünde, ob der intellektuelle und sprachliche Habitus, der im "Nachruf" zum Ausdruck kommt, seinen Ursprung tatsächlich nur in jenen "Kinderzimmern" hat - oder nicht auch zum guten Teil in Erfahrungen mit Zynismus und Brutali-

tät der öffentlichen Gewalt, die sich nach meinem Eindruck bei einem grossen Teil jener akademischen Jugend zur subjektiven Realität verdichtet haben? Auch dieser Debatte könnte - jedenfalls in den Grenzen, in denen sie bei uns eine Chance hätte - die Veröffentlichung des Textes dienen.

Die Reaktion, welche unsere Veröffentlichung des Textes "auf der anderen Seite des politischen Spektrums ... auslösen werden", haben wir wohl geahnt und befürchtet: nämlich die Verunglimpfung und Kriminalisierung derer, die eine bereits öffentliche Angelegenheit der Öffentlichkeit nun auch in vollem Umfang zugänglich machen. Ihr Brief ist Teil dieser Reaktion. Mit ihm zerstören Sie den Konsens, daß Sachverhalte, die von der Staatsanwaltschaft als Rechtfertigungsgründe für ihr Tätigwerden in Anspruch genommen werden, der Öffentlichkeit auch zugänglich und überprüfbar gemacht werden müssen. Ich kann Sie nicht daran hindern, diesen von Ihnen selbst wohl einmal bekräftigten Grundsatz öffentlich fallenzulassen. Aber ich darf mir wohl verbitten, daß Sie diejenigen, die an diesem Grundsatz festzuhalten wünschen (und dies im Schutze wissenschaftlicher Einrichtungen in der Tat noch relativ risikolos tun können), als Leute beschimpfen, die "diesen Staat bekämpfen."

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Claus Offe

Dr. Peter Glotz
Senator für Wissenschaft und Forschung — 20. Juli 1977

Sehr geehrter Herr Professor Offe!

Ich bedanke mich für Ihren Brief vom 12.7., in dem Sie auf meinen Offenen Brief an die zwölf Berliner Professoren antworten. Ich habe aufgrund dieses Offenen Briefes viel Post bekommen; undifferenzierte Zustimmung (die einen in der Tat manchmal an sich selbst zweifeln läßt), differenzierte Zustimmung, differenzierte Kritik. Leider habe ich von denen, die ich angesprochen habe, noch nichts gehört; Ihr Brief ist eine Ausnahme, über die ich mich gefreut habe, auch wenn ich Ihrer Kritik an wichtigen Stellen widerspreche muß.

Zuerst zum Ausgangspunkt, zur Veröffentlichung eines von der Presse in der Tat häufig nur unvollständig zitierten Textes. Ich habe in meinem Offenen Brief klipp und klar gesagt, daß man über die Veröffentlichung des Göttinger Textes hätte diskutieren können, wenn er - um ihn insgesamt der Öffentlichkeit bekannt zu machen - veröffentlicht, aber gleichzeitig auch kommentiert und eingeordnet worden wäre. Wenn 48 deutsche Professoren gesagt hätten: "Hier ist dieser Text aus Göttingen, so ist er vollständig, dies und jenes ist bisher immer unterschlagen worden - und im übrigen muß man scharf kritisieren, was an leichtfertigem Herumspielen mit Gewalt und an unmenschlicher Diktion in diesem Brief steckt -", ich hätte keinen Offenen Brief geschrieben. Aber nichts dergleichen; die 48 Professoren haben sich auf ein Vorwort geeinigt, das nichts weniger als zumindest eine halbe Identifikation mit dem Text darstellt.

Ich frage mich, warum Sie in Ihrem Antwortbrief sich mit dieser Kritik überhaupt nicht auseinandersetzen. Natürlich kann ich mir vorstellen, wie ein solches Vorwort zustandekommt; es dürfte eben der gemeinsame Nenner von Leuten gewesen sein, die ansonsten unterschiedlich politisch denken, also auch der gemeinsame Nenner, auf den sich Ihre persönliche politische Auffassung mit der anderer Kollegen bringen läßt, die, wie ich vermute, im Unterschied zu Ihnen, diesen Staat anders sehen. Wenn ich Ihre Schriften und die von - um ein Beispiel herauszugreifen - Professor Bauer vergleiche, sehe ich erhebliche Differenzen.

Meine Kritik richtet sich also gegen den Kompromiß, der hinter diesem

die Diskriminierung bestimmter, oder richtiger: unbestimmter Personenkreise zu akzeptieren. Nur wer sich bereit erklärt, Mitglieder der DKP oder des KBW, und viele andere Personen zu diskriminieren, bietet wirklich Gewähr dafür, das Diskriminierungsverbot der Verfassung zu garantieren. Das Prinzip wird durch den Bruch des Prinzips geschützt, die Freiheit des Bürgers gewährleistet durch die Freiheit des Staats, mit der dieser sie ihm nimmt.
Schlampig gedacht, in den Ergebnissen katastrophal.

Der Staat klärt, mit Hilfe einer Millionen-Presse, der Polizei und der Staatsanwaltschaft, die Bevölkerung über Mescalero auf, Mescalero seinerseits tausend Göttinger Studierende über den Staat. Der eine verfügt zum Zwecke der Aufklärung über eine ganze Nation, der andere über Bafög. Der eine, der Staat, hat Zugang zu den Beratungssälen der Rektoren, Senate und Landes-Regierungen, der andere, Mescalero, Zugang zu einem lokalen Studenten-Blatt. In der Tat, so Ungleiches ist nicht gegeneinander "aufzurechnen", wenn das liberal ist, so bin auch ich liberal.

Mit dem Tropfen demokratischen Öls ist man damit wohl noch nicht gesalbt. "Liberal", das bedeutet mehr, z.B. die Reflexion auf diese unsägliche Machtdifferenz zwischen den Kontrahenten, Staat vs. Mescalero, gerade nicht in die öffentlichen Gedanken eingehen zu lassen, die man sich als Senator macht. Der Zauber, der das Kaninchen aus dem Hut verschwinden läßt, ist Objektivität: Gegenüber dem sittlichen Problem des rechten Handelns ist die Machtdifferenz sozusagen nur zufällig. Die Herausgeber der "Dokumentation" sind nicht objektiv, sie sind parteilich. Sie bringen die weggezauberte Ursachfrage wieder auf den Tisch, weil sie wissen, was Macht den Schwächeren antut. Und gerade diese Ursachfrage läßt dann der Senator, objektiv, wie er ist, vom Tisch verschwinden.

Der Parteiliche erinnert sich überdies, er läßt die "Aktualifizierung" einer Konfliktsituation nicht zu. Die Frage, die lieber nicht so gründlich gestellt werden soll, wo es 'objektiv' zugeht: "Wie kam es dazu, daß ...?" stellt der Parteiliche. Eine Erinnerung, zugleich Information für die jüngeren Leser: Der Journalist und Preisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung, Franzel, nannte 1967 oder 1968 die sozialistischen Studenten des SDS die Wanzen des Systems und forderte öffentlich den Einsatz von chemischen Insektenmitteln

gegen sie. Wer hat ihn strafrechtlich und standesrechtlich belangt? Wer hat Franzel moralisch isoliert? Die Bevölkerung wurde allerdings über ihn aktiv aufgeklärt, er erhielt einen Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wer klagte die veröffentlichende Presse an? Ich ("Springer-Presse und Volksverhetzung" (§ 130 StGB)", 1969). Und? Das Presserecht erlaubte keine Anklage-Erhebung. Kann denn das Recht eine Konservierung des Unrechts (und der Bruch eines Rechts dann die Herstellung des Rechts) sein? Das wäre "schlampig gedacht und in den Ergebnissen katastrophal". Für wen"katastrophal"? - Ach, hören wir auf zu fragen.

Doch - Konsequenz, Folgerichtigkeit ehrt ihren Mann. Denken wir liberal weiter, da dies uns glaubwürdig macht, wie uns der Senator glaubwürdig versichert.

Wenn sich studentische Erfahrungen - mit Zynismen und Brutalität der öffentlichen Gewalt - bei Studierenden zur subjektiven Realität verdichten (C. Offe), mag dann für sie - wenn auch der Senator zutiefst darüber erschrickt - der Mescalero-Text subjektiv begründet sein, der anonyme Autor im Kontext seiner subjektiven Realität - für sich - legitimiert. Hört nun auch die andere Seite. Wenn sich die Erfahrung der öffentlichen Gewalt - mit Zynismen und Brutalität Studierender, mit Mescalero - für diese öffentliche Gewalt zur "subjektiven Realität" verdichtet, mag dann für sie - auch wenn ich es "im Ergebnis für katastrophal" halte - die Überreaktion, d. h. die Militarisierung der Inneren Sicherheit, der Verfassungsbruch, der Feldzug zur "moralischen Isolierung" subjektiv begründet sein; für viele - anonyme - Teilhaber und Strategen der Inneren Sicherheit mag ihre Brutalität im Kontext ihrer subjektiven Realität - für sie - legitimiert sein. Das wäre ein "objektiver" Gedanke.

Immerhin, P. Glotz versucht, die öffentliche Gewalt darüber zu belehren, daß man die moralische Isolierung (der Herausgeber, der "Sympathisanten"...) nicht gleich mit den Mitteln der Gewalt, z.B. disziplinarrechtlich, betreiben soll, weil das gegen die öffentliche Gewalt und den sozialen Frieden zurückschlagen kann. (Vgl. seine "Pressemitteilung" auf S. 7o). Wir fühlen, daß er doch nicht ohne Sinn für Differenzen in der Gewalt oder Macht ist. Er kann mit den Professoren, diese können mit ihm politisch diskutieren - z.B. darüber, was pädagogisch verheerend sei, die Herausgabe des unter-

Warum habe ich mich entschlossen, „Buback — ein Nachruf“ mit herauszugeben?

Warum habe ich mich dazu entschlossen, "Buback - ein Nachruf" mit herauszugeben?

Der Text wäre immer einer Diskussion wert und bedürftig gewesen; ihr, der Diskussion, logischer Ort: vielleicht ein teach-in, ein Gespräch mit Mitgliedern des Göttinger AStA. Ein Ereignis war er nicht.

Zum "Ereignis" wurde er fürs erste in den Ohren von Denunzianten und in den Augen von Fälschern. Aus der Absage an offene Gewalt wurde eine Bekundung von linkem Faschismus gemacht, und eine Empörung gezüchtet, die ihre institutionellen Aspekte hat: Der Kopf, der gefordert wurde, schien das Politische Mandat, oder der Göttinger AStA, wenn nicht gar die verfaßte Studentenschaft zu sein. Daß sogar die Möglichkeit, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, auf Pressefreiheit zu "verwirken", in einem Zeitungsbeitrag erörtert worden ist, habe ich schon berichtet.

Eben damit aber wurde das Ereignis produziert, auf das eine Antwort zu finden nötig war. Der erste Schritt, der getan werden mußte, lag auf der Hand: Wenn schon Massenmedien, Rektoren und Politiker eine studentische Äußerung breit, aber katastrophal entstellt zitieren und für ihre Zwecke verwerten, dann bestand eine Nötigung dazu, den unterdrückten, d.h. unzugänglich werdenden Text vollständig neu zu drucken und in Umlauf zu bringen. (Er erreicht doch nie die Auflagenhöhe, die die öffentliche Fälschung erreicht.)

P. Glotz, der Berliner Wissenschafts-Senator, nannte unseren Neudruck

"ein bedenkliches Sturmzeichen für die Gefährdung der politischen Kultur in unserem Lande"

Ich will ihm nicht unterstellen, er rufe "Haltet den Dieb", während der eigentliche Dieb entkommt, d.h. während die Presse, und nicht nur sie, unangefochten dokumentieren darf, daß es politische Kultur in unserem Lande nicht gibt. Ich will ihm (und anderen) aber das Monopol darauf, zu definieren, was denn "politische Kultur" sei, streitig machen. Ich will daran erinnern, daß obrigkeitsstaatliche

Traditionen in Deutschland ein zähes Leben haben; daß wir, was politische Öffentlichkeit angeht, defizitär sind. Ich werde eine "Öffentlichkeit" nicht schweigend hinnehmen, die, indem sie anläßlich des Mescalero-Textes an den NS-Staat, an die Ermordung W. Rathenau's erinnert, die Geschichte der Demokratie in Deutschland vergißt. Da wird in der Kritik an "Mescalero", in der Linksfaschismus-These, die Zerstörung der Weimarer Republik allein Parteigängern Hitlers in die Schuhe geschoben, als hätte es keine republikfeindliche Beamtenschaft, keine reaktionäre Justiz, keinen Noske, keinen Art. 48 gegeben. Was muß nicht alles aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwinden, damit die Bundesrepublik als untadelige Erfüllung ihrer bürgerlich-demokratischen Postulate gepriesen werden kann! Und über dem "Typ", "Killervisage", "Konterfei" des Göttinger Anonymus werden der Politiker Schütz, der Journalist Franzel, über marginalen Haltungen unter Studierenden der Marginalisierungs-Prozeß, über der Gewalttätigkeit des "Terrors" die gewaltförmige Seite des bürgerlichen Staats vergessen. Da wird an "politische Kultur" erinnert, aber vergessen wird, wie häufig jene unterdrückt und beschimpft worden sind, die irgendwann einmal versucht haben, den Verhältnissen ein Stück solcher Kultur abzugewinnen.

Auf solchem Vergessen errichten wir keine politische Kultur. Wir errichten sie auch nicht durch die Schwestern des Vergessens: durch Verdrängen und Aussperren sozialer Ereignisse und unbotmäßiger Gedanken. Das Herstellen von politischer Kultur hat mehrere Voraussetzungen, ökonomische, soziale und politische - eine von ihnen ist politisches Denken, das immer öffentliche Arbeit ist.

Denken überhaupt ist "öffentliche Arbeit". Sie setzt freie unbehinderte Zugänglichkeit jener Texte und Lebens-Äußerungen voraus, an denen öffentlich-denkend gearbeitet werden soll. Dies vor allem, wenn das, was - angeblich zum Schutze "politischer Kultur" - unterdrückt und ausgesperrt werden soll, einen Lernprozeß wahrnehmen läßt, eine Reflexion, die über ihre eigenen Voraussetzungen nachdenkt und sie kritisiert. Auch der Hochschullehrer muß dann seinen Widerstand gegen alle Tendenzen zur öffentlichen Fälschung und Zensur prinzipialisieren; wenn ihm an politischer Kultur, an der öffentlichen Arbeit des Denkens gelegen ist. Wenn Lernprozesse, wenn Studierende und ihre Organisation gefährdet sind, muß er daran erinnern,

etwa die von Min.-Präs. Stoltenberg (CDU) empfohlene Kündigung des Staatsvertrags für den NRD zur "Aufklärung"? Und: was soll künftig alles verschwiegen werden?

Das ist der innere Monolog eines Hochschullehrers beim Hören einer unverständlichen Nachricht. Er könnte diese in Anlehnung an die Psychoanalyse auch Deckinformation nennen. C.-Chr. Kaiser hat in der ZEIT vom 12. August 1977 ("Kampf den Sympathisanten - Bonner Reaktionen und Pläne nach dem Anschlag", S. 4) einige Erläuterungen gegeben:

"Teil eines neuen Ansatzes in der Terroristenbekämpfung" sei auch "der Beschluß, die Ursachenforschung über den Terrorismus zu verstärken und eine zentrale Stelle zur Auswertung sogenannter Gewalt-Literatur einzurichten".
Zentrale Stelle zur 'Auswertung sogenannter Gewalt-Literatur'? Ist das eine Zensurbehörde? Ein Funktionszuwachs für den Verfassungsschutz? Gehört die juristische Überprüfung wissenschaftlicher Veröffentlichungen von Hochschullehrern dazu?

Die neue Linie, so die ZEIT, werde "vor allem an dem Motto von der 'moralischen Isolierung' deutlich, das jetzt die Runde zu machen beginnt. Gemeint ist damit die aktive Aufklärung und Auseinandersetzung mit Zielen und Mitteln des Terrorismus und seinen Sympathisanten".

Was ist aktive (tätige) Aufklärung? C.-Chr. Kaiser vermehrt die Unklarheit. Aufklären ist ja schon ein Tätigkeitswort.

"Gemeint ist damit die (...) Auseinandersetzung mit (...) Sympathisanten, konkret: mit, so zum Beispiel Hans-Joachim Vogel, den widerwärtigen Buback-Nachrufen und denen, die diesen Text spitzfindig verteidigen;"

"Text" im Singular, da ist ja wahrscheinlich "Buback - ein Nachruf" und unsere Dokumentation gemeint.

"(...) mit jenen, 'die mit ihrer maßlosen Verzerrung und ebenso maßlosen Kritik der Wirklichkeit unseres Landes der Gewaltanwendung den Schein der ethischen, ja sogar der theologischen Rechtfertigung leihen".

Freilich, einen gerechten Krieg,bei dem Geistliche unsere Waffen segnen, soll es geben, das zu erhalten ist Pflicht der Theologie, aber beileibe keine gerechte Revolution, die Theologie hat ein Anathema zu sprechen.

"Zu diesem Zweck soll eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundesinnen- und des Justizministeriums sowie anderer Ressorts gebildet werden, um die methodischen und rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, die sich der angestrebten Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit bieten. Den Beteiligten scheint bewußt zu sein, daß sie bei dieser Beschäftigung mit dem Umfeld des Terrorismus auf schwieriges Gelände geraten, das sie in die Nähe einer Zensurbehörde führen könnte. Eine neue Debatte über Meinungsfreiheit und Grenzen der Kritik wäre dann gewiß.

Aber ihre Gegenoffensive erscheint ihnen dringend gerechtfertigt und geboten (...)".

Da eine überscharfe Kritik des status quo in der BRD bereits den geistigen Boden für Terror vorbereitet, wie die Regierung sagt, reicht das Umfeld weit. Auch wer behauptet, nur zu denken: wenn er nicht zu den von der FAZ noch akzeptierbaren Ergebnissen kommt, ist er daran schuld. (Das sagt die Regierung nicht, das sagt Herr Fromme in der FAZ).

Mescalero, der AStA Göttingen (und viele andere Studenten-Ausschüsse in Westdeutschland) sind - wenigstens - Sympathisanten des Terrors. Jochen Steffen (SPD) ist ein Sympathisant - in den Augen der CDU. Peter Brückner ist nur ein Sympathisant unter 48 - aber schon einschlägig bekannt. Linke Professoren sind alle "geistige Wegbereiter". Die AKW-Bewegung sympathisiert, Teile der Frauenbewegung sind Sumpf, der KB fordert zum Bruch der Gesetze auf, die SPD trennt sich nicht von der Stamokap-Fraktion - Sympathisantenscene. Umfeld. Die Universität ist im ganzen trockenzulegen. Verleger, wie Klaus Wagenbach oder Trikont, bereiten den Weg (für den Terror) - von Dichtern wie Erich Fried ganz zu schweigen. (Der ist ja auch noch Emigrant!) Wer wird moralisch isoliert? Wir. Was oder wer sind "wir" für die Geschichte dieses Klassenstaats?

Die außerparlamentarische Opposition fand in der zweiten Hälfte der 60er Jahre eine neue Form und Sprache der Aufklärung. Sie war tätig, nämlich: tätige politische Reflexion, aufklärend, weil ein einziges Politisches Mandat. In einem gewissen Sinne selbst-organisiert, war die universitäre Linke, als Zentrum der ApO, auch praktische Kritik eines Staatswesens, in dem das "Prinzip der Repräsentation" die Bevölkerung nicht nur von der Kontrolle, sondern sogar von der sinnlichen Wahrnehmung ihrer eigenen Angelegenheiten abhält. Eine ganze Studenten-Generation schien, so fürchtete man 1969 in Bonn, auf ein antikapitalistisches Bewußtsein geprägt zu werden.

Weil es eine Beziehung zwischen Dummheit und Ohnmacht, zwischen Beeinflußbarkeit und Abhängigkeit, zwischen Bewußtsein und Widerstand gibt, war diese "II. Aufklärung" kämpferisch, war kommunikative Gewalt, ging also auf die Straße, besetzte Seminare (und später Häuser), brach vielfältige Sabbath-Regeln, verachtete Pietät ("Laßt doch die Toten die Toten begraben ..."), wendete sich an die arbeitenden und abhängigen Klassen, wurde selbst ein Stück "Klassenkampf". Inzwischen ist diese Linke einerseits fraktioniert (und von ihrer Marginalisierung gezeichnet), andererseits nur eine Quelle alternativer Kritik. Und Bürger-Initiativen haben z.T. bestätigt, daß da manchmal ein Transfer von Radikalität - von der Universität in den außer-universitären Bereich - stattgefunden hat; hier möchte die herrschende Klasse wieder deutlich trennen; haben gezeigt, daß hier und auch dort Bürger auf ihre Lage ganz selbsttätig, ohne Transfer, eine streitbare Antwort geben, die der Antwort der (studentischen) Linken ähnlich ist. Hier möchte die herrschende Klasse einschüchtern und "aufklären" darüber, daß Selbstorganisation nicht geht.

Gewiß, die Politisierung in der Universität hat Federn lassen müssen. Es zeigt sich auch, daß keineswegs ganze Studenten-Generationen vom antikapitalistischen Bewußtsein geprägt sind. In einigen Sekten verschwindet jede Aufklärung in der Lagermentalität. Gleichwohl ist sie, diese "linke Szene" der Universität nach wie vor ein point de résistance. Ein Springquell für praktische und theoretische Interventionen in politischen und sozialen Konflikten der Gegenwart.

Die "aktive Aufklärung" des neuen Regierungsprogramms ist aktiv als Gegen-Aufklärung, die "moralische Isolierung der Sympathisanten" ist in der Tat Moment einer Isolierungs-Strategie. Linke Professoren sollen vom Lehrkörper isoliert, von den Fakultäten (moralisch!) abgetrennt, von Studierenden entfremdet werden - erneut eingeschlossen in eine größtmögliche Distanz zur Bevölkerung, zu den arbeitenden und abhängigen Klassen.

In der Studentenschaft soll eine sogenannte schweigende Mehrheit mobilisiert und gegen die "Linke" gewendet werden (schon rechnet der RCDS sich Förderungen aus). Techniken der Gegen-Aufklärung sind implicite auch neue gesetzliche und administrative Regelungen des sozialen und wissenschaftlichen Lebens an der Universität.

Unsere Einsicht in den eigentlichen Charakter des "Wer?" (Sympathisanten im Umfeld), in Struktur und Ziel der Gegen-Aufklärung (die "aktive Aufklärung der Bevölkerung"), war ein Motiv für mich, "Buback- ein Nachruf" vollständig und neu herauszugeben. Die Herausgeber wollen Aufklärung über Gewaltverhältnisse, und halten an wichtigen Grundrechten der Verfassung fest. Aber wir wollen auch den systematischen Zusammenhang der vielen Teilstrategien der "aktiven Aufklärung" und "moralischen Isolierung" dokumentieren und untersuchen. Untersuchungstätigkeit findet nicht nur am Schreibtisch statt. Dokumentiert wird auf verschiedene Weise: Indem wir, als Hochschullehrer, für den Göttinger AStA eingetreten sind, stellen wir ein Stück dieses "systematischen Zusammenhangs" ja her; auch das "Wir" wird durch den einspringenden Beistand für den Göttinger AStA dokumentiert.

Moralische und politische Isolation: Noch einmal P. Glotz

Landespressedienst Berlin Nr. 148 vom 3. August 1977

Nach dem Mord an Jürgen Ponto, dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, ist an den Senator für Wissenschaft und Forschung, Dr. Peter Glotz, erneut die Frage nach der Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Berliner Professoren herangetragen worden, die den Buback-"Nachruf" in einer "Dokumentation" veröffentlicht haben. Senator Dr. Glotz hat dazu die folgende Erklärung abgegeben:

1. Ich habe jeweils sofort nach Veröffentlichung des Göttinger Mescalero-Artikels durch Studenten der Pädagogischen Hochschule und durch eine Reihe Berliner Professoren die Staatsanwaltschaft informiert und um eine strafrechtliche Würdigung gebeten. Die disziplinarrechtliche Frage ist von mir eingehend geprüft worden. Vor Abschluß der laufenden strafrechtlichen Ermittlungen erscheint die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Hochschullehrer nicht als sinnvoll. Ebensowenig wie es für mich eines weiteren Verbrechens bedurfte, um sofort zu handeln, gibt der neue heimtückische Mordanschlag Anlaß zu einer Änderung der von mir vertretenen Position.

2. Das Ziel aller politischen Bemühungen gegen den Terrorismus muß sein, die Sympathisanten von Gewalttaten moralisch und politisch zu isolieren. Das bedeutet: Jene Professoren, die den Göttinger Artikel kritiklos verbreiten und dabei zumindest leichtfertig den Eindruck erwecken, als billigten sie seinen Inhalt, müssen zu einer klaren Distanzierung veranlaßt werden. Wo diese nicht erfolgt, muß versucht werden, dem intellektuellen Einfluß dieser Professoren auf Studenten entgegenzuwirken. Dazu kann, wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, das Disziplinarrecht ein taugliches Instrument sein. Entscheidend aber ist, in der Hochschulöffentlichkeit eine rationale Diskussion über die moralisch und politisch fragwürdige "Dokumentation" in Gang zu setzen. Ich warne aber all jene Kritiker, die mit den Hochschulen nur von ferne zu tun haben, vor Fehleinschätzungen; die Zahl der Studenten, die mit dem vermeintlichen Bekennermut der Professoren sympathisieren, ist leider erheblich. Diese jungen Menschen müssen und können nur durch rationale Argumente überzeugt werden; die Einleitung von Disziplinarmaßnahmen wird eine solche rationale Debatte erschweren, ihre Thematik verändern und letztlich von den Gegnern einer klaren Absage an den politischen Terrorismus sogar begrüßt werden. Falschen Solidarisierungen Vorschub zu leisten, zahlt sich mit Sicherheit nicht aus. Wir können den Konsens des Grundgesetzes nur wirksam schützen, wenn auch das sozialpsychologische Feld, in dem gehandelt werden muß, zur Kenntnis genommen und berücksichtigt wird.

3. Ich habe die Entscheidung über Disziplinarverfahren hinter die strafrechtliche Prüfung zurückgestellt und stattdessen die politische Auseinandersetzung gesucht. Ich halte diese Entscheidung nach wie vor für richtig. Zu meinem Bedauern ist bisher lediglich die Antwort eines Bielefelder Professors eingetroffen, dem ich meinerseits geantwortet habe. Die Berliner Professoren geben einerseits vor, im Interesse einer kritischen Öffentlichkeit zu handeln, andererseits sind sie nicht in der Lage, innerhalb von vier Wochen das Angebot und die Chance zur Klarstellung oder Erläuterung ihrer Position aufzugreifen. Dieses Schweigen spricht nicht für die Ernsthaftigkeit und Reflektiertheit ihrer Initiative. Ich fordere die Berliner Professoren erneut zu einer Stellungnahme zu meinem Offenen Brief auf und erkläre meine Bereitschaft, mit ihnen jederzeit in eine öffentliche Diskussion einzutreten. Diese Debatte ist es, die jetzt notwendig ist, um gerade im studentischen Bereich für den Grundkonsens des Grundgesetzes zu wirken.

Aktive Aufklärung in Niedersachsen

Ein Beispiel für aktive Aufklärung (moralische Isolierung) gab Anfang August der niedersächsische Minister E. Pestel. Ein Stück seines Textes verdient und benötigt ebensosehr eine Sprachanalyse wie der Artikel "Buback - ein Nachruf". Wir sind eben umstellt von Texten, die wir erst interpretieren müssen, ehe sie "verstanden" sind (so wie unsere Gegner manchmal von Texten, die sie interpretieren, obwohl sie sehr gut verstanden hatten). Die Mitteilung des Wissenschaftsministers:[37]

"Wer angesichts des Inhalts des Buback-Artikels, insbesondere aber auch angesichts der seelischen und geistigen Haltung, die aus diesem Artikel spricht, argumentiert, man habe nur das Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen, versucht darüber hinwegzutäuschen, daß er doch längst Partei ergriffen hat. Nach dem hinterhältigen Mord an Jürgen Ponto gewinnt meine Aufforderung erhöhte Bedeutung, daß gerade Professoren alles tun sollten, dem Entstehen eines geistigen Klimas an unseren Universitäten entgegenzuwirken, in dem Terror in seiner ganzen Bandbreite von politischer Verhetzung bis zum gemeinen Mord gedeihen kann".

Dieser Text ist, literarisch betrachtet, nicht seiner, d. h. der Minister hat ihn - höchstwahrscheinlich - nicht selbst verfaßt. Im ersten Satz ("Wer angesichts ..." bis: "ergriffen hat") spricht das miserable Niveau der Sprache gegen seine Autorenschaft - doppelter Genetiv, die widersprüchlich-hölzerne Formel des "insbesondere aber auch", das Ersetzen einer genaueren Benennung des Gemeinten durch "man", was allein schon das Leben von Sätzen abtötet.

Dem miserablen Niveau der Sprache entspricht allerdings die Primitivität des Sinns: Es handelt sich um eine schlichte Unterstellung ("versucht, darüber hinwegzutäuschen, daß ..."), wie schon das Schreiben des Ministers an die Herausgeber in Niedersachsen vom 15. Juli mit einer Unterstellung begann.[38] Der Gegner wird hinterhältiger Motive verdächtigt, denkbarer, aber unsichtbarer Beweger, für die ja einen Gegenbeweis zu erbringen ebenso schwer ist wie den Beweis, den sich der Unterstellende, solange die Beweislast beim Beschuldigten liegt, erspart. Auch das alte semper aliquid haeret, etwas bleibt immer am Verdächtigen hängen, zählt hier, weil öffentlich geäußerte Unterstellungen in Gerichtssäle Eingang finden, es zahlt sich aus. Und geschickt soll schon vorlaufend einem naheliegenden Einwand des "man" gegen den zentralen Aspekt der Mescalero-Kampagne begegnet werden; der Minister läßt schreiben (oder unterschreibt):

"...angesichts des Inhalts des Buback-Artikels, insbesondere aber auch der seelischen und geistigen Haltung ..."

Die Herausgeber der Dokumentation können den Vorwurf textanalytisch entkräften, daß der Mescalero-Text seinem Inhalt nach die blutige Gewalt des Terrors billige und mit der Politik von "bewaffneten Leninisten" sympathisiere. Auch in der Öffentlichkeit (das ist: in den Tageszeitungen) mehren sich die Stimmen jener, die endlich bemerken, daß Mescalero beides verwirft.[39] Der vom niedersächsischen Minister signierte Text sorgt daher vor: Wenn das "angesichts des Inhalts" vielleicht doch gerichtlich widerlegt werden sollte, oder die Wahrheit in der öffentlichen Meinung sich durchsetzt, stützt die Behörde sich listig auf die "seelische und geistige Haltung" des Göttinger Anonymus - insbesondere aber auch. Seelische und geistige Haltung: in ihrer würdevollen Unbestimmtheit schwimmen sie über unsicherstem Grund. Lassen sich "seelische und geistige Haltungen" operationalisieren? Wir können Sprachgestus, Stil, "Gestaltqualitäten", Valeurs eines Textes benennen und von ihnen - mit Vorsicht - auf Bewußtseinslagen des Verfassers, oder auf beabsichtigte Wirkungen, schließen. Aber Freiheits-Garantien der Verfassung, wie das Recht auf Meinungs-, auf Pressefreiheit, können ausschließlich durch sehr spezifische, belegbare Inhalte verwirkt werden.

Die Redefigur: wer sich auf das Recht auf freie Meinungsäußerung berufe, täusche nur, ist ebenso alt wie reaktionär, und existiert in vielen Abarten. Es ist angeblich der Verfassungsfeind, der sich der Sprache der Verfassung bedient. Sich auf Freiheitsgarantien zu berufen, soll gerade ein Stigma desjenigen sein, der Freiheiten abschaffen will. (In Epochen des universalen Verdachts schien sogar das laute Lob der bestehenden Verhältnisse die Vermutung zu rechtfertigen, der Lober wolle seine wahren und schwarzen Gedanken nur tarnen - 1793, in den Städten Paris und Lyon.) Die Fürsorge-Pflicht des Ministers für seine Beamten tritt im Falle der verdächtigen Hochschullehrer - in der Epoche des "universalen Verdachts" heute - offensichtlich in Widerspruch zu seiner Pflicht, den Staat, die Reinheit der Beamtenschaft und die Werte der höheren Bildung zu wahren. Er wahrt Werte, indem er bestimmten Hochschullehrern, ehemaligen Kollegen, Werte abspricht. Er sorgt für den guten Ruf der Universität, indem er Professoren der Universität böswillige Täuschung und "Vorwand" unterstellt. Er will den Geist der Universität,

und einige demagogische Professoren, beim Portepée nehmen, und läßt es zu, daß seine Administration ihm einen demagogischen Text unterschiebt.

Blicken wir auf die Nahtstelle des ersten und zweiten Satzes ("... längst Partei ergriffen hat. Nach dem hinterhältigen Mord an Jürgen Ponto ..."). Für wen haben die Herausgeber der "Dokumentation" denn "(...)längst Partei ergriffen"? Der Text, den der Minister signiert, und damit zu dem seinen gemacht hat, vermeidet es, ein Akkusativ-Objekt zu nennen; eine Lücke, freilich keine grammatische, im Satz, aber keine im Gedankengang des unbekannten Verfassers. Der Gedanke ist: Der Leser des Satzes werde sie durch eigene Assoziationen schon ausfüllen. Der Minister sagt etwas, ohne etwas zu sagen. Er droht sogar mit einer Lücke. Sagt er, ohne es ins Wort zu bringen - und ein Wort wäre schließlich immer anfechtbar -, die Herausgeber hätten die Partei von Mescalero ergriffen? Daß der Minister sagen läßt, die Herausgeber hätten längst Partei ergriffen, macht diese Deutung wenig wahrscheinlich. Das "längst ..." verweist auf ein "früher". Weil die Herausgeber längst Partei ergriffen hatten, veröffentlichten sie "Buback - ein Nachruf". Diese "Parteinahme" war die Ursache der Dokumentation, nicht das Schicksal des "Nachrufs" eine Ursache für Parteinahme. So jedenfalls stellt der Minister es dar, ohne es wörtlich so darzustellen.

Gut, aber für wen oder was ergriffen die Herausgeber denn "längst" Partei? Strategen der aktiven Aufklärung werden das Ausfüllen solcher willkürlich gelassenen Lücken in einem Text ungern nur den Assoziationen der Leser überlassen. Tätig wird das "Aufklären", wenn es dem Leser helfende Assoziationen bereitstellt: "Nach diesem hinterhältigen Mord an Jürgen Ponto ..." Für diesen Dunstkreis des Terrors und seiner Sympathisanten, oder in ihm, haben die Herausgeber längst Partei ergriffen.

Hat der Minister das wirklich gesagt? Nein, er hat es nicht gesagt. Hören wir den zweiten Satz im ganzen, auch da hat er etwas nicht gesagt:

"Nach dem hinterhältigen Mord an Jürgen Ponto gewinnt meine Aufforderung erhöhte Bedeutung, daß gerade Professoren alles tun sollten, dem Entstehen eines geistigen Klimas an unseren Universitäten entgegenzuwirken, in dem Terror in seiner ganzen Bandbreite von politischer Verhetzung bis zum gemeinen Mord gedeihen kann".

Der flüchtige Leser oder Hörer könnte meinen, der Minister lasse sich hier von seinen Beamten mit einem in der CDU verbreiteten Topos bedienen: das "geistige Klima" an den Universitäten als Sumpf, als Brutstätte des Terrors, der Verhetzung, der Gewalt. Wer genau liest (oder hinhört) - wer liest eigentlich genau? - muß seinen ersten Eindruck korrigieren. Der Minister nimmt das Greuelbild der CDU ein Stück zurück, indem er sich seiner bedient: Professoren sollen dem Entstehen eines Klimas für gemeinen Mord begegnen, es droht sozusagen nur, es existiert noch nicht (voll). Jemand könnte denken, durch die Eröffnung des Satzes ("Nach dem hinterhältigen Mord an Jürgen Ponto ...") stelle der Minister seine zurückhaltenden Formulierungen aber doch wieder affektiv in den Kontext der CDU-Vorwürfe gegen Bereiche der Universität. Hat sich der Minister dieses denunziatorischen Topos nun bedient oder nicht? Ja, weil diese Einschränkung gegenüber der suggestiven Kraft des uneingeschränkten Topos wahrscheinlich schwach bleibt, so daß doch wieder der erste Eindruck des - flüchtigen, ungenauen - Lesers seine Wahrheit hätte.

In der Sache bin ich mit dem Minister einig. Auch ich fürchte ein Klima der Verhetzung, des Hasses und des Terrors. Auch ich sträube mich gegen Entwicklungen, in denen das historische Band zwischen Wahrheitsanspruch und Parteilichkeit zu zerreißen droht. Auch mich stößt Hinterhältigkeit ab, wo immer sie mir begegnet. Nur daß ich hoffe, den befürchteten Entwicklungen auf eine Weise begegnen zu können, die für den Minister solche Entwicklungen ausdrückt (oder befördert); nur daß der Minister eine Krankheit mit Mitteln heilen will, die ich für eine der Ursachen der Krankheit halte. Ich bin für ihn Ursache; das Mittel, dessen er sich bedient, aber für mich Krankheit.

Geschulte Demagogen wissen übrigens, was ein Minister nicht wissen muß: daß die Dummheit einer Behauptung keinen Einwand gegen ihre Wirksamkeit abgibt, und daß der Zweck alle agitatorischen Mittel heiligt. Höhere Polizeifahnder, Bundesanwälte und Theoretiker der Staatssicherheit, kluge Politiker und Journalisten wissen natürlich, daß Theorie, Organisation und Praxis der RAF oder der "Bewegung 2. Juni" gerade den äußersten Bruch mit den marxistischen, sozialistischen, "linken" Lehrstühlen, Seminaren und Professoren darstellt, daß sich die neue Terroristenscene nicht in irgendeinem

systematischen Sinne aus Studenten rekrutiert, daß die wieder einmal störenden Intellektuellen ein solches Klima schaffen, das der Terrorist ebenso verachtet wie jeder Wortführer der politischen Reaktion. P. Glotz, der Berliner Kollege des niedersächsischen Ministers, schreibt den Herausgebern der Dokumentation Einfluß auf viele Studierende zu. Ist das nun gut oder schlecht? Nicht nur Herr Dregger hält es für schlecht. Der Gedanke, man müsse "disziplinarrechtlich ein deutliches Zeichen setzen", so das niedersächsische Wissenschaftsministerium, könnte von Herrn Dregger sein, oder ist vielleicht von ihm. Auch Herr Baader und Herr Haag halten unseren Einfluß auf Studierende für schlecht. Und ich bin sicher, daß Herr Dregger das weiß.

Nein, lassen wir uns nicht täuschen: die "Dokumentation" ist ein Vorwand. Der Urtext für das Verhalten von Presse und Staatsgewalt, für Fahnder und Minister wurde mit den Karlsbader Beschlüssen geschrieben. Der Terrorismus ist nicht nur historische Realität, auch er ist Vorwand. Ich sagte schon: ich habe Verständnis für die Ängste, die Vielen neuere Entwicklungen namentlich in der jüngeren Generation bereiten, der "Bruch des a-priori-Konsens". Aber ich verstehe sehr wohl, daß die Angriffe gegen mich und andere Herausgeber der Dokumentation nicht von diesen Ängsten diktiert sind. Und nicht von der Sorge vor dem Haß, der aus den komplexen sozialen und politischen Prozessen der Gegenwart an verschiedenen Stellen ausbricht. In die These von der Universität als geistigem Sumpf, in die Flut von Beschuldigungen gegen die Dokumentatoren schlüpft ein Haß, der in Deutschland seine Geschichte hat - der Haß gegen die unbotmäßigen Intellektuellen. Sie werden "isoliert", weil sie das politische System, die Marktökonomie und soziale Ereignisse - kritisch - als Produkt, daher als Probleme (und nicht als ewige Lösungen) sehen, als interessen-abhängig und veränderbar (und nicht als klassenjenseitig und "ewig"). Sie werden gehaßt, weil sie an die Historische Alternative erinnern: in der Tradition der Arbeiterbewegung, in einer - lange fast vergessenen - sozialrevolutionären Tradition, oder auch in der einer bürgerlichen Revolution.

Sie werden gehaßt, weil sie, obwohl als Hochschullehrer "Bedienstete", Niemandes Magd sind.

Anmerkungen

1 Das zuständige Verwaltungsgericht Hildesheim bestätigte Mitte Mai die Rechtmäßigkeit der Vorgehensweise des Rektors

2 - ausgenommen allerdings der anteiligen Kosten für zwei Artikel in der Ausgabe vom 25.4., die nicht zu beanstanden waren.

3 Demokratische Blätter, Bonn, 14 (1977), S. 12/13, nachgedruckt in: RCDS-Magazin, Erlangen, 2(1977), S. 8/9; vgl. hier S.43

4 Am 23. Juni erhalten die Vorsitzende des AStA der Universität Bochum und ein Mitglied des Vorstandes der Assistentenschaft von einem Anwaltbüro ein Schreiben, in dem ihnen ihrer gemeinsamen Wohnung fristlos gekündigt wird. Es heißt darin u.a.: "Die Kündigung erfolgt, weil Sie (...) die Ermordung des Generalbundesanwaltes Buback ganz offen gutgeheißen haben. In nicht einmal versteckter Form, sondern geradezu zynisch wird der "Göttinger Nachruf" als Diskussionsgrundlage angepriesen und dieser Artikel für wichtig erklärt. Unsere Mandanten dulden Sie nicht mehr in ihrem Hause als Mieter. Ihre Anwesenheit ist unzumutbar."

5 zit. nach einer "Erklärung" von 130 Göttinger Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern, Juni 1977

6 Ich bin nicht sicher, ob diese Aufzählung vollständig ist.

7 Es gibt Sonderfälle. Die TH Darmstadt veröffentlicht den "Mescalero"-Artikel, distanziert sich aber in einem Vorwort vom Inhalt des Nachrufes. Die presserechtliche Verantwortung übernimmt der Jurist Prof. A. Podlech.
Auch in Bonn erscheint ein Nachdruck; mindestens ein Hochschullehrer wirkt daran mit. Trotz einer Distanzierung vom Text wird gegen ihn ermittelt.

8 vgl. den "Offenen Brief" der GEW, Landesverband Berlin, Betriebsgruppe der PH, vom 7.6.77

9 zit. nach der Klageschrift der niedersächs. Hochschullehrer vom 8.8.1977, vgl. später.

10 vgl. hierzu die glänzende, in ihren Folgerungen hoffentlich nicht zu optimistische Polemik von H.M. Enzensberger, in: Der SPIEGEL, 8.8.77

11 So in der "Nordschiene" des ARD (11.8.77) und in der FAZ vom 13.8. (Leserbrief).

12 In der ersten Instanz entschied das Landgericht Hannover, der Artikel "Buback - ein Nachruf" stelle keine grundsätzliche Absage an Gewalttaten dar. Wer einen solchen Denkprozeß über Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft für notwendig halte und dann noch entsprechende Passagen von Rosa Luxemburg zitiere, müsse scharfe und polemische Kritik hinnehmen. Der Minister Has-

selmann bewege sich mit seinen Äußerungen im Rahmen des Grundrechts der Meinungsfreiheit. Aber hat nicht ein Gericht in Düsseldorf, was den Mescalero-Text angeht, ganz anders entschieden? RA Josef Augstein, Verteidiger von Hasselmann: "Es gibt keinen Unfug, für den ich nicht einen einzelnen Richter finde." Ergo: das hannoversche Urteil kann kein Unfug sein, denn an der Urteilsfindung waren drei Richter beteiligt. (Chr. Morgenstern's Hinweis, drei Winkel gäben allemal höchstens zwei rechte, war nachdrücklich auf (Winkel-)Advokaten beschränkt.) J. Augstein: Ein Klima, das Gewalttaten begünstige, entstehe nicht durch die Äußerungen Hasselmanns (der ja nur dazu auffordert, uns von der Hochschule zu scheuchen), sondern durch den "Terror von Rosa Luxemburg" (wörtliches Zitat, FR, 20. August). Ergo: Schriften von Rosa Luxemburg fallen unter den § 88 a. Wir Herausgeber leisten Rosa Luxemburg Beihilfe zum Terror, indem wir einen Artikel von ihr veröffentlichen, der Terror politisch kritisiert.
Wir kennen Herrn Augstein schon als unerbittlichen Logiker: Falls die Taten der Herausgeber einschlägigen Paragraphen nicht subsumierbar sein sollten, dann sind nicht wir unschuldig, sondern das StGB ist unvollständig. Wir zeigen die Lücke im StGB auf, die schleunigst geschlossen werden muß.
Ergo: Das Gesetz erst produziert das Verbrechen. Der Anwalt leistet nur Beihilfe.

13 Die WELT gibt den Strafrahmen für die Verunglimpfung an mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren (oder Geldstrafe), für die Billigung usw. mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren (oder Geldstrafe). Gleichzeitig werden die Chancen einer spürbaren Bestrafung der Herausgeber allgemein als wenig günstig beurteilt.

14 Die Zeitschrift "das da" hat ihn neuerdings noch einmal veröffentlicht. Der "tenor", Organ des Verbandes der Berliner Gerichtsreferendare, hat ihn in H. 3/77 auszugsweise, aber verläßlich, referiert.

15 Quellen, Analysen zur den Göttinger Ereignissen:

"Jagdszenen aus Niedersachsen. Dokumentation der Kampagne gegen den Göttinger AStA", gn, 25.5.77

"Zur Kampagne gegen den Göttinger AStA", in: links, Nr. 89, Juni 1977, S. 22

"Dokumentation der Göttinger Pfingstereignisse", in: Politikon, Nr. 56, 1977, S. 32 ff

W. Bock/E. Fried, "Zur Unkenntlichkeit verändert", in: diskus, H. 2/3, Juni 1977, S. 38 ff

16 Die Zahlen in (Klammern) verweisen auf die betreffenden Abschnitte des "Nachrufs".

17 Zur empirischen Absicherung dieser Annahme könnte der Autor auf Kriege, Kriegsrecht, putative Notwehr, auf die Tötung von Streikenden und Demonstranten, auf Elemente der Isolierungsfolter in der BRD und vieles andere verweisen.

18 vgl. S. 55 (den Brief an C. Offe)

19 Warum fällt dem Autor gerade Al Capone ein? Vielleicht hat ihn die Inszenierung des Attentats: von einem Motorrad aus feuern Männer mit Maschinenpistolen auf einen schweren Pkw und töten alle Insassen, an Bandenkriege erinnert. Da für "Mescalero" Systeme der Macht, der Disziplin, im Zentrum der Gesellschaftskritik stehen, verringert sich die Distanz zwischen MEK's und der RAF, letztere führt mit den Mobilen Einsatzkommandos eine Art privaten Krieg.

20 so den Berliner Wissenschaftssenator P. Glotz (in seiner Antwort auf den Brief Claus Offe's vom .8.1977)

21 Der "Nachruf" war für ein besonderes Organ, die gn, verfaßt. Der Autor hat nicht damit gerechnet, daß sein Beitrag deren Leserschaften weit überschreiten werde. Insofern erscheint sein Manierismus (die 'Insider'-Sprache) als zulässig. Aber daß sich das, was wir anderen öffentlich mitteilen, im Medium gegebener politischer Verhältnisse brechen wird, sollte von nun an zum Bestand der Erfahrungen des Autors gehören.

22 Repräsentanten der "Macht" sind Staatssicherheits-Apparate und bewaffnete Gruppen der Linken (letztere als "Leninisten mit der Knarre"; so schon 1972 die Berliner Untergrundzeitung 883). Ihr Krieg untereinander kann nicht seine Sache sein; vgl. das Al-Capone-Motiv.

23 Diese Interpretation stützt sich auf Veröffentlichungen aus dem Umkreis der BUF und des "Mescalero" (z.B. die Infos der Fachschaft Germanistik, insbesondere 3/1977), auf Beiträge in den gn und auf Diskussionen nach dem Besuch italienischer gruppi autonomi in Göttingen, Sommer 1977.

24 Es gibt verschiedene Quellen für eine nähere Orientierung darüber: den Bericht von "links" über den Pfingstkongreß 1976, die Zeitschrift Autonomie (Trikont); vgl. auch P. Brückner, Ulrike M. Meinhof und die deutschen Verhältnisse, 1976, S. 189 ff.

25 in: Gewalt und Solidarität. Berlin, Wagenbach 1974, S. 16, S. 52.

26 Hervorhebungen vom Ref.

27 P. Glotz in seinem "Offenen Brief"

28 aus einer Wahlzeitung der "Bewegung undogmatischer Frühling" vom Frühjahr 1977 (ohne Datum), S. 19

29 vgl. auch die vielen Anklage- und Protestschriften gegen die "Uni als Fabrik" in verschiedenen Organen der Sponti-Linken

30 vgl. W. Bock/E. Fried: "Zur Unkenntlichkeit verändert", in: diskus, H. 2/3, 1977, S. 38-40

31 aus einer bisher unveröffentlichten Stellungnahme Bremer Hochschullehrer

32 so P. Glotz, Berliner Wissenschaftssenator, in seinem mehrfach erwähnten "Offenen Brief" an die Berliner Hochschulehrer der Dokumentation

33 Ich erinnere an die Methoden der Polizei im Umgang mit subkulturellen Wohnkollektiven anläßlich von "Groß-Fahndungen", an Räumungs- und Abrißaktionen gegen sozial bedeutsame Projekte von Bürgerinitiativen; an die Politik einiger Kommunen oder Staatsanwaltschaften gegen freie Drogenberatungsstellen (und free clinics); an Brutalitäten gegen Kernkraftgegner. Und wie wurde der "Lausch-Angriff" gegen Traube motiviert? Es war die Rede von "Matratzenlager", von "Umgang mit jungen Leuten aus einer anderen Schicht".
Vom Tode der Katherina Hammerschmidt ganz zu schweigen. C. Offe in seiner Antwort an P. Glotz: "Warum wollen Sie 'den Mittelschichten' das Grauen ersparen (...)? Doch nicht etwa deswegen, weil, dann durchaus zur Debatte stünde, ob der (...) Habitus, der im 'Nachruf' zum Ausdruck kommt, seinen Ursprung (...) zum guten Teil in Erfahrungen mit Zynismus und Brutalität der öffentlichen Gewalt (hat), die sich (...) bei einem großen Teil jener akademischen Jugend zur subjektiven Realität verdichtet hat?"

34 "Die Radikalisierung der Christdemokraten", Rotbuch 149, Berlin 1976

35 so unlängst Hans Habe in der "WELT am Sonntag"

36 Auch Professoren beteiligen sich an ihr. "Die moralische Haltung dieser sich radikal gerierender Professoren ist doch nicht einmal zweifelhaft: Sie wollen ihr Gehalt beziehen", so M. Hereth, Bundeswehr-Hochschule Hamburg, WELT v. 28.7.77. Freilich.

37 Presse-Erklärung vom 3.8.77

38 vgl. S. 52 ("Sie haben (...) einen Konflikt wachgehalten, wenn nicht gar verschärft, und zwar unter dem Vorwand, die (...) Diskussion (...) in Gang zu setzen".

39 vgl. Uwe Schlicht im Tagesspiegel, 12.8.77, S. 13 und den auf S. 51dokumentierten Auszug daraus.